



# Wirtschaftspolitische Informationen

## M+E-Tarifrunde 2022

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

**Der Krieg gegen die Ukraine und die Sanktionen bremsen die wirtschaftliche Entwicklung. Die Erholung nach der Corona-Krise geht aber weiter. Voraussetzung ist allerdings, dass die Energieversorgung gewährleistet bleibt. Ein Gasboykott würde Deutschland in die Rezession treiben. Der schon 2021 einsetzende Anstieg der Verbraucherpreise verschärft sich durch die Ereignisse weiter. Vor allem die Energiepreise treiben die Inflation. Die Prognosen reichen von 4,8 bis 8,2 Prozent in diesem und 2,2 bis 4,5 Prozent im nächsten Jahr.**

In der Metall- und Elektroindustrie gibt es deutlich mehr Aufträge als vor der Krise. Die weiter bestehenden Schwierigkeiten bei der Lieferung von Material und Vorprodukten verhindern allerdings, dass diese zügig abgearbeitet werden können. Der Krieg hat die Situation weiter verschärft. Die Produktion lag im März sechs Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Auftragsbestände reichen dagegen im zweiten Quartal 2022 über 6,1 Monate, ein Rekordwert. Trotz einer noch schwierigen wirtschaftlichen Situation sprudelten die Gewinne im letzten Jahr reichlich. Auch weil steigende Einkaufspreise oft weitergegeben werden konnten, erzielten zumindest die M+E-Dax-konzerne eine umsatzgewichtete Bruttorendite von 8,7 Prozent.

#### Entgelte und Verteilungsspielraum in der Metall- und Elektroindustrie

Basis 2000 = 100



**Verteilungsneutraler Spielraum:** Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde + Inflationsrate (Verbraucherpreisindex)

**Quelle:** Statistisches Bundesamt, \* IG Metall FB Tarifpolitik, \*\* = Prognose Frühjahrgutachten 2022  
**Grafik:** IG Metall, Ressort Koordination Branchenpolitik, 14.04.2022

#### Kurz & bündig

##### Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft bleibt mit einem Plus von 3,6 Prozent im Wachstumsmodus. Der Wert wurde aber nach Kriegsbeginn nach unten korrigiert.

Auch in Deutschland geht die Erholung nach der Corona-Krise weiter. Die Gemeinschaftsdiagnose der Institute erwartet für 2022 ein Wachstum von 2,7 und 2023 von 3,1 Prozent. Die meisten Institute erwarten bei einem Ausfall der Gaslieferungen eine Rezession.

##### Metall- und Elektroindustrie

Die M+E-Industrie hat das Vorkrisenniveau in der Produktion noch nicht wieder erreicht. Der Beschäftigungsabbau konnte aber gestoppt werden.

Die Bestellungen legen weiter zu. Im ersten Quartal 2022 stiegen sie gegenüber dem vierten Quartal 2021 um 4,2 Prozent.

Die Situation stellt sich in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich dar. Vor allem die Autoindustrie leidet unter fehlenden Zulieferungen.

##### Verteilung

Im Mai stiegen die Verbraucherpreise um 7,9 Prozent. Die Inflation hält im Jahresverlauf an. Die Prognosen erwarten einen Anstieg der Preise und der Produktivität weit über der Zielinflation und der Trendproduktivität.

##### Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt

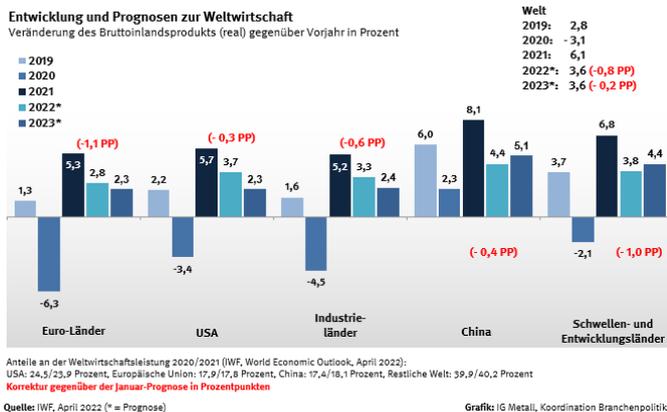


# 1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

## 1.1 Weltwirtschaft: Erholung Trotz Dämpfer

Nach der Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die weltweite Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 3,6 Prozent zulegen. 2021 konnte die Weltwirtschaft zwar noch um 6,1 Prozent wachsen, doch dieses Ergebnis baut auf dem Corona-Krisenjahr 2020 auf. Dabei hätte der aktuelle Ausblick noch besser ausfallen können. Obwohl Russland und die Ukraine keine ökonomisch bedeutenden Länder sind und Russland nicht besonders stark in die Weltwirtschaft eingebunden ist, haben der russische Angriff auf die Ukraine und die in Folge erhobenen Sanktionen weltweite Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung. Der IWF hat seine globale Wachstumsprognose im April im Vergleich zu seiner letzten (Vorkriegs)-Schätzung um 0,8 Prozentpunkte nach unten korrigiert.

Besonders stark schlagen sich die Ereignisse in Europa nieder. Für den Euroraum wurde die Wachstumsprognose um minus 1,1 Prozentpunkte zurückgenommen. Es bleibt aber trotz Krieg bei der wirtschaftlichen Erholung mit 2,8 Prozent Wachstum in diesem und 2,3 Prozent im nächsten Jahr. Die USA werden vom Krieg wirtschaftlich kaum getroffen. Ihre Wirtschaftsleistung legt nach der Prognose 2022 um 3,7 Prozent zu. Die ersten offiziellen Zahlen gehen allerdings für das erste Quartal 2022 von einer leicht schrumpfenden Wirtschaft aus (hochgerechnet auf das Jahr geschätzt um minus 1,4 Prozent, was für das Quartal ca. ein Minus von 0,35 Prozent gegenüber dem Vorquartal bedeutet). Es bleibt abzuwarten, ob sich die Prognose für die USA nicht als zu optimistisch erweist.

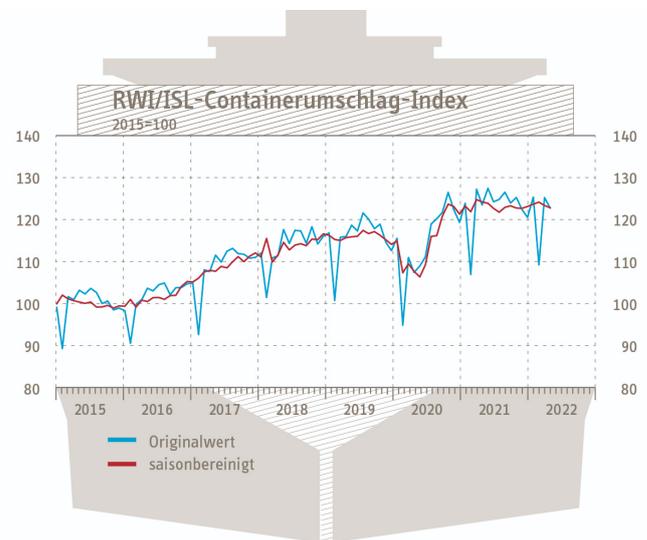


Die wirtschaftliche Entwicklung in China schwächt sich deutlich ab. Zwar wird für dieses Jahr immer noch mit einem Wachstum von 4,4 Prozent gerechnet. Aber 2021 waren es noch 8,1 Prozent. Wobei es in China als einzigem großen Industrieland keine Corona-Rezession gab, der Basiseffekt also nicht so stark durchschlägt. Gegenüber der letzten Vorkriegsprognose wurde der Wert nur um 0,4 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Es sind nicht so sehr die Folgen von Krieg und Sanktionen, die die chinesische Wirtschaft belasten. Wieder-

holte Corona-Ausbrüche und die Zero-Covid-Strategie, die zur Abriegelung ganzer Wirtschaftsräume führt, bremsen die Entwicklung in China aus. Schon im letzten Jahr gab es immer wieder solche harten Lockdowns. Mit der Omikron-Variante des Virus hat sich das Problem noch mal massiv verschärft, zuletzt wurden sogar Shanghai und Teile von Peking abgeriegelt.

Der Krieg bedeutet für die Ukraine nicht nur viel menschliches Leid, sondern auch ein wirtschaftliches Desaster. Der IWF erwartet einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um minus 35 Prozent. Wobei das natürlich auch stark vom weiteren Verlauf des Krieges abhängt und damit nur eine sehr grobe Schätzung sein kann. Gegen Russland wirken die bisher verhängten Sanktionen. Das Land rutscht in die Rezession. Der IWF prognostiziert einen Rückgang des BIP von minus 8,5 Prozent. Damit ist der IWF noch sehr optimistisch. Die russische Notenbank rechnet mit einem Wirtschaftseinbruch von minus 15 Prozent.

Als Folge der Corona-Krise war die weltweite Schiffflogistik aus dem Ruder gelaufen. Durch die weiteren Hafengebungen in China hält das Problem weiter an. Die Lieferketten funktionieren noch nicht wieder, es fehlen in Europa und speziell in Deutschland Zulieferungen. Zwar hatte sich der weltweite Containerumschlag nach dem Kriseneinbruch im Frühjahr 2020 schnell wieder erholt, doch seitdem zeigt er keine Dynamik mehr und stagniert, wenn auch auf hohem Niveau. Im Winter 2021/22 schwächte er sich dann sogar ab, noch vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine.



Eigene Schätzungen nach Angaben für 94 Häfen; April 2022: Schnellschätzung.

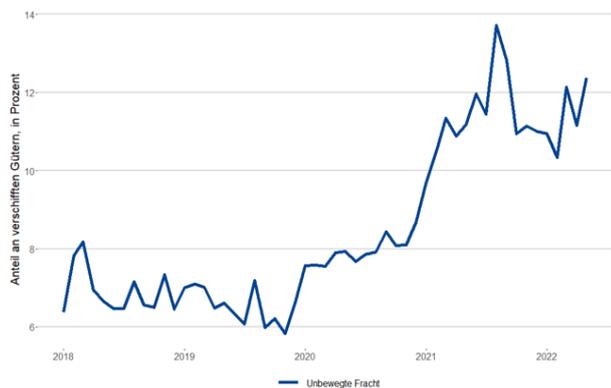
Quelle: RWI

Noch deutlicher ist der Container-Stau an den Gütermengen auf unbewegten Schiffen abzulesen. Diese Schiffe liegen beladen vor Häfen und können nicht abgefertigt werden. Vor 2020 waren es immer weniger als acht Prozent der gesamten Gütermenge. In der Corona-Krise stieg der Wert stark an. Eine wirk-



liche Entspannung gibt es aktuell noch nicht. **Mit Schwankungen hängen etwa 11 bis 12 Prozent der auf Schiffen verladene Güter fest.** Im Jahresverlauf soll sich dieser Stau aber auflösen. Auch vom Kriegsgeschehen und den Sanktionen sollen kaum negative Auswirkungen auf den Welthandel ausgehen. Der IWF prognostiziert für dieses Jahr eine Zunahme des weltweiten Handelsvolumens von vier Prozent, im nächsten Jahr sollen es 4,3 Prozent werden.

**Gütermenge auf unbewegten Schiffen**  
Stand: 19.05.2022



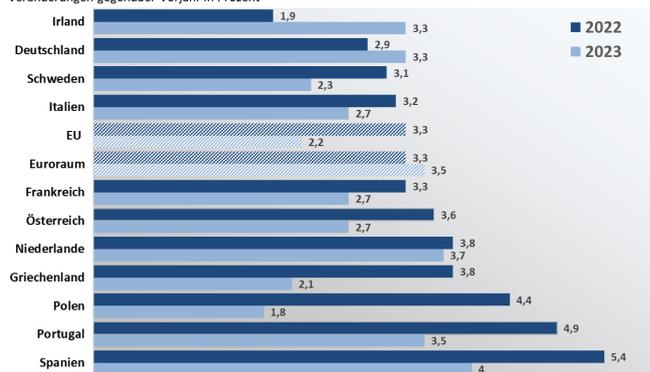
Quelle: Fleetmon, eigene Berechnungen.

Kiel Trade Indicator

**Die Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute (GD) sieht in ihrem Frühjahrgutachten vom April dieses Jahres die wirtschaftliche Entwicklung in Europa etwas optimistischer als der IWF.** Danach wird die Wirtschaftsleistung sowohl in der EU-27 als auch im Euroraum 2022 um 3,3 Prozent zulegen. Für 2023 erwartet die Prognose der GD für die Eurozone dann ein Wachstum von 3,5 Prozent. Damit setzt sich, wenn auch in gebremstem Tempo, die Erholung nach der Corona-Krise fort. Vor dem Krieg erwartete die GD in ihrer Herbstprognose vom Oktober 2021 für den Euroraum für das Jahr 2022 noch ein kräftiges Wachstum von 4,6 Prozent. Allerdings sollte sich dies für 2023 abschwächen auf nur noch 2,2 Prozent. Die GD erwartet also, dass sich das Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung durch Krieg und Sanktionen insgesamt nicht verändern wird, sondern nur zeitlich gestreckt wird.

Wenig gebremst wird die wirtschaftliche Dynamik auf der geographisch weit vom Krisenherd entfernten iberischen Halbinsel. Spanien und Portugal erreichen nach der Prognose der GD in diesem Jahr Wachstumsraten von 5,4 und 4,9 Prozent. Wobei Spanien noch relativ weit vom Vorkrisenniveau entfernt ist. Aber auch Polen, Nachbarland der Ukraine, wird von den kriegerischen Auseinandersetzungen ökonomisch zunächst nur wenig beeinträchtigt und legt in diesem Jahr um 4,4 Prozent zu. Allerdings wird dort für nächstes Jahr nur noch ein Wachstum von 1,8 Prozent erwartet (in der Vorkriegsprognose waren es noch 3,8 Prozent). **Am anderen Ende der Skala wachsen (neben Schlusslicht Irland) Deutschland, Schweden und Italien nur unterdurchschnittlich und drücken die Entwicklung in der gesamten Eurozone.**

**Prognose des realen Bruttoinlandsprodukt für 2022 und 2023 in Europa**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



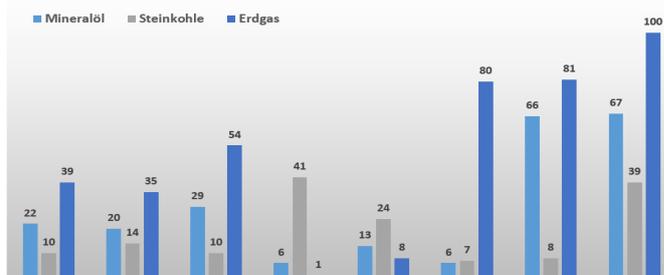
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, April 2022

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Der Krieg um die Ukraine beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung in Europa auf vielfältige Weise. Zunächst hat er für eine erhebliche Verunsicherung gesorgt, weil niemand genau weiß, wie es weitergehen und welche Folgen der Krieg noch haben wird. Durch den Krieg, die Sanktionen und das Verhalten vieler Unternehmen, die auch ohne direkte rechtliche Betroffenheit von den Sanktionen die Beziehungen zu Russland weitgehend eingeschränkt oder ganz gekappt haben, sind die Lieferbeziehungen nachhaltig gestört. Die dargestellte Prognose der GD geht davon aus, dass es keine nennenswerte Verschärfung des Sanktionsregimes gibt und auch vonseiten Russlands kein Lieferstopp wichtiger Rohstoffe stattfindet. **Aus den EU-27 Ländern gingen (2021) fünf Prozent der Exporte nach Russland und die Ukraine (GD Frühjahr 2022).** Diese dürften sich stark verringern.

**Noch wichtiger als die Exporte sind die Importe aus diesen beiden Ländern. Mit acht Prozent war der Anteil an allen Importen (2021) etwas höher.** Doch viel entscheidender als das Importvolumen ist die Bedeutung wichtiger strategischer Rohstoffe. Vor allem bei Energierohstoffen ist Europa in hohem Maße von Russland abhängig. Fast 40 Prozent des Erdgases, ein Fünftel des Mineralöls und der Mineralölprodukte und ein Zehntel der Steinkohle kamen in den 27 EU-Ländern im letzten Jahr aus Russland. Zwischen den Ländern gibt es dabei erhebliche Unterschiede, wobei die Abhängigkeit in Osteuropa tendenziell größer ist.

**Anteil russischer Lieferungen an Importen und Produktion in Prozent**



Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, Frühjahr 2022

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



Die Lieferung von russischer Kohle ist auf dem Weltmarkt relativ gut zu ersetzen. Das Embargo der EU ist bereits auf Kohle ausgeweitet worden. Erdöl und Erdölprodukte sind schon schwieriger zu ersetzen. Der Engpassfaktor sind hier die Fördermengen der OPEC+. Schon bisher hält die festgesetzte Fördermenge nicht mit der steigenden Nachfrage schritt. Ein Ausfall Russlands würde zu einer zusätzlichen Verknappung führen. Prinzipiell könnte aber genug Öl gefördert werden und auch die Transportkapazitäten reichen, um Europa zu versorgen.

**Erdgas wird über Pipelines geliefert und die russischen Liefermengen sind durch die eigene Förderung in Europa (Norwegen, Niederlande) nicht zu ersetzen.** Technisch ist das bei Erdgas bei den meisten Anwendungen problemlos durch Flüssiggas (LNG) zwar möglich. LNG ist allerdings erheblich teurer und hat einen viel größeren ökologischen Fußabdruck. Es ist außerdem fraglich, ob das Weltmarktangebot für LNG ausreicht, zumal auch Russland ein bedeutender Anbieter von LNG ist. Auf keinen Fall reichen die Transportkapazitäten (spezielle Schiffe) und die Terminalkapazitäten in Europa, um genügend LNG zu importieren. Bisher war die Versorgungssicherheit gewährleistet. Doch die großen Unsicherheiten (Polen und Bulgarien wurden von Russland die Erdgaslieferungen gesperrt, die Debatte um eine Ausweitung der Sanktionen auch auf Gas ist in vollem Gange) haben zu enormen Preissteigerungen bei den Energierohstoffen geführt, die die wirtschaftliche Entwicklung belasten.

**Auch bei der Nutzung der Atomenergie besteht eine große Abhängigkeit von Russland.** Vierzig Prozent der Uranimporte der EU kamen 2020 aus Russland und dem mit ihm eng verbündeten Kasachstan. Besonders die osteuropäischen AKW sind auf Russland angewiesen. Sie beziehen nicht nur das Uran von dort, sondern die kompletten Brennstäbe. Ohne größere technische Umrüstungen können andere Brennstäbe (z.B. aus der USA) nicht verwendet werden. Auch der Atommüll wird nach Russland geliefert.

Nicht nur bei Energierohstoffen spielt Russland eine wichtige Rolle, auch bei einigen Metallen ist das Land ein zentraler Lieferant. 95 Prozent der europäischen Importe an verarbeitetem Nickel und 36 Prozent bei legiertem Kupfer kamen 2021 aus Russland. **Bei allen Rohstoffen, bei denen Russland einen bedeutenden Weltmarktanteil hat - dazu zählt beispielsweise auch Palladium, das zur Produktion von Katalysatoren benötigt wird - droht eine Verknappung und damit stark steigende Weltmarktpreise.** Davon ist Europa auch dann betroffen, wenn es diese Rohstoffe aus anderen Ländern bezieht. Das gilt auch für einige Lebensmittel, vor allem aber für Weizen, bei dem dreißig Prozent der weltweiten Exporte aus der Ukraine und Russland kommen.

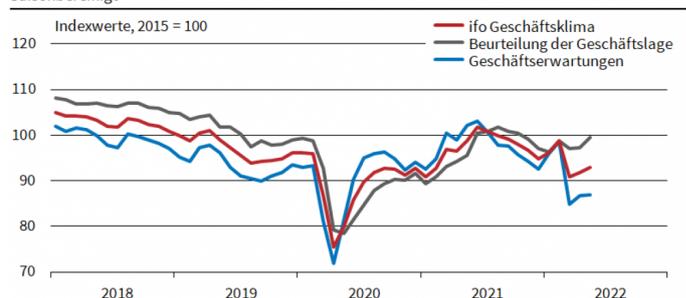
**Insbesondere aus der Ukraine kommen aber nicht nur Rohstoffe, sondern auch Zulieferteile.** Weil das Lohnniveau niedrig ist, wird beispielsweise die sehr arbeitsintensive Produktion von Kabelbäumen häufig dort durchgeführt. Mit Kriegsbeginn

kam es zu Produktionsunterbrechungen, auch die Transportlogistik funktionierte nicht mehr. Zwar ist das Wertschöpfungsvolumen nicht besonders groß, da die Kabelbäume aber kurzfristig nicht zu ersetzen sind, kam es insbesondere in deutschen Autofabriken zu Produktionsausfällen.

## 1.2 Deutschland: Krieg bremst Konjunktur

Der Überfall der russischen Armee auf die Ukraine am 24. Februar führte zu einem regelrechten Schockmoment in der deutschen Wirtschaft. In der März-Befragung des ifo-Instituts brachen die Geschäftserwartungen dramatisch ein. Keiner konnte zu diesem Zeitpunkt beurteilen, welche Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland daraus folgen würden, zumal schnell erste Sanktionen verhängt wurden und ein russischer Gaslieferstopp nicht auszuschließen war. In den Befragungen von April und Mai stabilisierten sich die Erwartungen, der erste Schock war überwunden. Dazu hat sicherlich beigetragen, dass sich die Geschäftslage nicht nennenswert verschlechtert, im Mai sogar leicht verbessert hat. Gesamtwirtschaftlich war, trotz einiger Produktionsunterbrechungen in der Industrie aufgrund fehlender Zulieferteile, nicht viel passiert. **Die Lage war in den letzten Monaten besser als die Stimmung und relativ stabil.**

ifo Geschäftsklima Deutschland\*  
Saisonbereinigt



\* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.  
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2022.

© ifo Institut

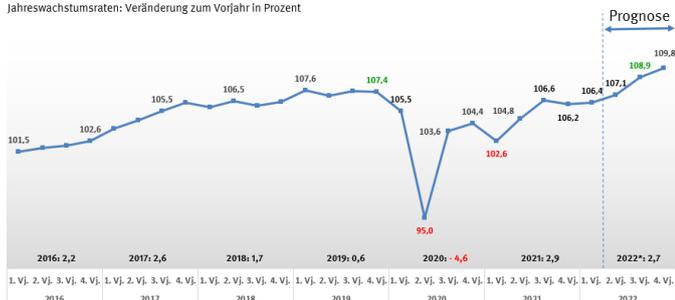
Zu der Lagebeurteilung der Unternehmen passt auch die erste Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zur Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2022. Zum ersten Quartal gehört mit dem März auch der erste Kriegsmonat. Es gab keinen Einbruch der Wirtschaftsleistung, sie entwickelte sich mit einem minimalen Plus von 0,2 Prozent (preis-, saison- und kalenderbereinigt) etwa auf dem gleichen Niveau wie im letzten Quartal 2021. **Gegenüber dem Vorjahr gab es ein kräftiges Wachstum. Im Vergleich zum ersten Quartal 2021 fiel das BIP (preis- und kalenderbereinigt) um 3,7 Prozent höher aus.** Damit ist die deutsche Wirtschaft auf dem Weg der Erholung aus der Corona-Krise.

Am Ziel angekommen ist sie aber noch nicht, das Vorkrisenniveau ist noch nicht erreicht worden. Gegenüber dem vierten Quartal 2019, dem letzten Vorkrisenquartal, war das BIP 0,9 Prozent niedriger.



### riger. Nach der Frühjahrsprognose der GD würde das Vorkrisen-niveau im dritten Quartal dieses Jahres wieder erreicht werden.

**Bruttoinlandsprodukt**  
Index 2015 =100, preisbereinigt, verkettet, saison- und kalenderbereinigt  
Jahreswachstumsraten: Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: Destatis, \* = Prognose, ab 2. Quartal 2022; Frühjahrsgutachten 2022, 13.04.2022  
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

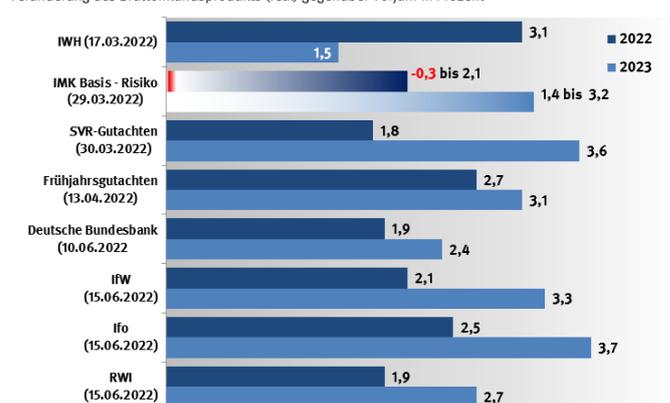
Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist angesichts von Krieg und Sanktionen allerdings groß. Unter der Bedingung, dass es zu keiner Ausweitung der Sanktionen auf Öl und Gas gegen Russland kommt, erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute eine weitere Erholung in Deutschland. Die Wachstumsraten fallen zwar deutlich niedriger aus, als es noch vor dem Krieg prognostiziert wurde und es dauert bis in den Herbst, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht wird. Aber es bleibt bei einer Zunahme der Wirtschaftsleistung. Im Herbstgutachten der Gemeinschaftsdiagnose war für 2022 von einem Wachstum von 4,8 Prozent ausgegangen worden. Vor allem der kriegsbedingte starke Anstieg der Preise für Energierohstoffe bremst nun die wirtschaftliche Entwicklung und führt zu einer Wachstumserwartung von nur noch 2,7 Prozent. Damit ist die Frühjahrsprognose eher optimistisch. In den aktuellen Prognosen des IMK (Basisszenario) und des Sachverständigenrates wird nur ein Wachstum von 2,1 bzw. 1,8 Prozent erwartet.

Um der großen Unsicherheit gerecht zu werden, haben das IMK und das ifo-Institut in ihren Frühjahrsprognosen nicht eine einheitliche Einschätzung, sondern zwei verschiedene Szenarien durchgerechnet. Das Risiko-Szenario des IMK fällt dabei völlig aus dem Rahmen. Es ist die einzige Prognose, in der mit einem Rückgang um 0,3 Prozent eine Rezession erwartet wird. In diesem Szenario wird mit einem noch stärkeren Anstieg der Energiepreise und mit weiter anhaltenden Störungen der Lieferketten und Zinssteigerungen gerechnet. Das Szenario beschreibt eine Stagflationsentwicklung. Das ifo-Institut ist im Juni zu einer einheitlichen Prognose zurückgekehrt. Darin wird mit einem Wachstum von 2,5 Prozent ein Wert genau zwischen den Szenarien aus dem Frühjahr erwartet. Auch das IfW und das RWI haben schon eine Sommerprognose veröffentlicht. Erstere haben ihre Prognose von 2,1 Prozent beibehalten, letztere sie von 2,5 auf 1,9 Prozent gesenkt.

Während in diesem Jahr der Aufschwung durch die aktuellen Entwicklungen gebremst wird, soll er nach der Auffassung fast aller Institute im nächsten eher kräftiger ausfallen. Die GD hatte in ihrem Herbstgutachten 2021 für 2023 ein Wach-

tum von 1,9 Prozent erwartet. In der aktuellen Prognose wird jetzt von 3,1 Prozent ausgegangen. Noch etwas optimistischer sind die Sommerprognosen des IfW und des ifo Instituts vom 15. Juni. Darin wird für nächstes Jahr ein Wachstum von 3,3 bzw. 3,7 Prozent erwartet. Besonders pessimistisch ist das Risiko-Szenario des IMK, das für 2023 nur von einem Wachstum von 1,4 Prozent ausgeht.

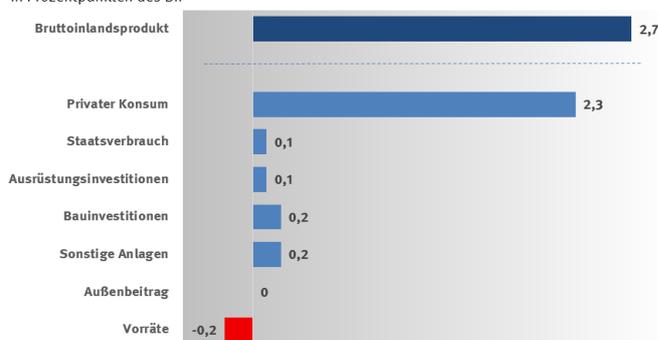
**Institutsprognosen für Deutschland 2022 und 2023**  
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Prognosen der Institute, \*Destatis  
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Treiber des Wachstums ist in allen Prognosen der private Konsum. Im Frühjahrsgutachten der GD sind 2,3 Prozentpunkte des gesamten Wachstums darauf zurückzuführen. Die übrigen 0,4 Prozentpunkte verteilen sich auf alle anderen Nachfrageaggregate. Grundlage für das starke Konsumwachstum sind verschiedene Annahmen: Die gelockerten Corona-Maßnahmen erlauben ein kräftiges Wachstum vor allem bei den Dienstleistungen. Viele Bereiche, wie z. B. die Gastronomie und der Kultursektor, wurden durch die diversen Beschränkungen ausgebremst und beleben sich jetzt spürbar. Der Spar-Überhang von 200 Milliarden Euro, der sich durch den nicht abgerufenen Konsum in der Pandemie angehäuft hat, wird allmählich abgebaut und die Sparquote nähert sich den vor der Pandemie üblichen Werten wieder an. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt wieder zu und sorgt für zusätzliche Kaufkraft. Die Störungen der Lieferketten lösen sich im Jahresverlauf auf und erlauben eine volle Ausnutzung der Kapazitäten.

**Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2022**  
in Prozentpunkten des BIP

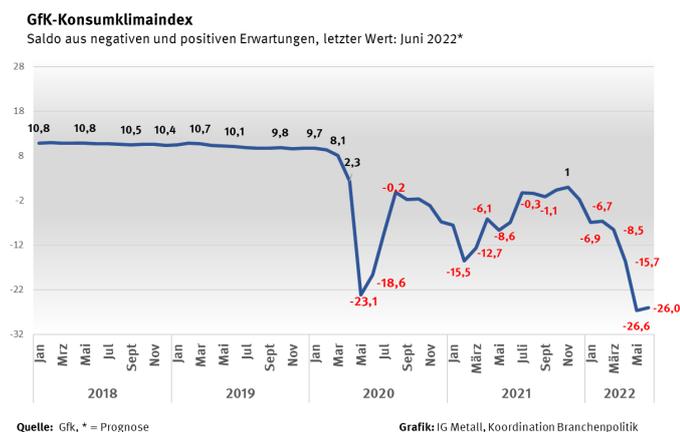


Quelle: Frühjahrsgutachten, 13.04.2022  
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



Es ist aber keineswegs sicher, dass alle Annahmen eintreffen werden. Der Sparüberhang ist vor allem bei mittleren und höheren Einkommen entstanden. Beschäftigte mit niedrigerem Einkommen können damit nicht ihren Konsum stützen. Im Verarbeitenden Gewerbe bleiben die unterbrochenen Lieferketten weiterhin ein Problem, was durch die Kriegsfolgen zunächst noch verschärft wird. Wie schnell es hier eine Entspannung gibt, ist noch nicht abzusehen. Bremsend auf den Konsum wirken auch die Kaufkraftverluste durch die starken Preissteigerungen. Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, auf breiter Front einen Ausgleich für diese Verluste zu erkämpfen, droht mit den Reallohnverlusten auch ein schwächerer Konsum.

Aktuell gibt es noch keine Anzeichen für einen stark steigenden privaten Konsum. Der GfK-Konsumklimaindex ist auf einen historischen Tiefstand abgestürzt und unterbot in Mai und Juni noch seinen Wert zum Höhepunkt der Corona-Krise. Unsicherheit über die weitere Entwicklung, eine daraus resultierende zunehmende Sparneigung und schwindende Kaufkraft setzen der Konsumneigung mächtig zu. Um diesen Trend zu brechen, sind dringend Impulse durch eine Entspannung der Lage, ausreichende Lohnabschlüsse und staatliche Entlastungspakete notwendig.



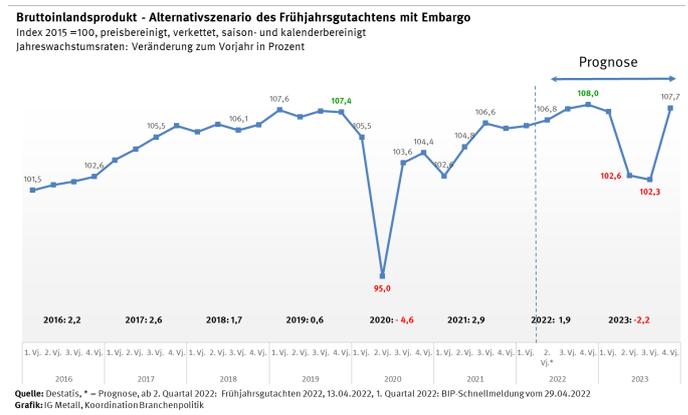
Auch von der Geldpolitik der EZB gehen Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung aus. Angesichts der stark steigenden Verbraucherpreise hat die EZB die Zinswende eingeleitet. Kredite haben sich schon im Vorgriff auf die Straffung der Geldpolitik verteuert. Das kann die wirtschaftliche Erholung weiter einbremsen.

Ein weiterer Risikofaktor ist die Energieversorgung. Allen diesen Prognosen liegt die Annahme zugrunde, dass es zu keinem Energie-Embargo gegenüber Russland oder einem Lieferstopp der Russischen Föderation kommen wird. Über die Frage, welche ökonomischen Folgen ein solcher Ausfall der Gasversorgung hätte und ob und wie solche dramatischen Ereignisse in Simulationsmodellen abgebildet werden können, wurde und wird unter Ökonomen heftig gestritten. Geprägt wurde vor allem die mediale Debatte von den Analysen von

Bachmann (et al., ECONtribute Policy Brief No. 029, 2022), welche von sehr geringen und verkräftbaren Verlusten ausgehen. Wird ein (Teil-)Embargo unterstellt, ergibt sich in dieser Modellrechnung kurzfristig ein Abschlag vom BIP im jeweiligen Basisszenario von minus 0,5 bis minus 3,0 (ECONtribute/Bachmann et al. 2022).

Diese Berechnungen stehen massiv in der Kritik. Die nur eingeschränkte Substituierbarkeit von Gas in vielen Bereichen wird nicht ausreichend berücksichtigt bzw. sogar ausgeblendet. Die vor allem betroffenen Industriezweige stehen am Anfang der Wertschöpfungskette. Die Folgewirkungen auf andere Wirtschaftsbereiche werden nicht angemessen berücksichtigt. Die Auswirkungen von daraus folgender Arbeitslosigkeit und Problemen auf den Finanzmärkten werden als vollständig beherrschbar angesehen. Betrachtet wurde nur die Angebotsseite. Negative Effekte über die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wurden ausgeklammert (eine ausführliche Kritik findet sich bei Tom Krebs: Wie man die Auswirkungen eines Gas-Embargos nicht berechnen sollte, Makronom 2022). Es ist davon auszugehen, dass die Folgen eines Embargos in diesem Modell massiv unterschätzt werden.

Inzwischen gibt es eine Reihe weiterer Simulationsrechnungen, die den Ausfall der Gaslieferungen durchspielen und zu dramatischeren Ergebnissen kommen. Das im Rahmen der gemeinsamen Frühjahrsprognose der Institute errechnete Alternativszenario erwartet im Fall eines kompletten Lieferstopps aus Russland für Erdöl und Erdgas ab Mitte April 2022 für dieses Jahr zwar noch einen Zuwachs um 1,9 Prozent, aber für das Jahr 2023 eine scharfe Rezession und demzufolge einen BIP-Einbruch um 2,2 Prozent. Das Vorkrisenniveau wird zwar im vierten Quartal 2022 kurzfristig erreicht, in den anschließenden drei Quartalen sinkt das BIP jedoch um 5,3 Prozent. Das Vorkrisenniveau wäre folglich frühestens im vierten Quartal 2023 greifbar, während dies im Basisszenario ohne Embargo bereits im dritten Quartal 2022 geschieht.



Auch das IMK und die Bundesbank haben diesen Fall durchgerechnet. Bei den Simulationen des IMK ist mit einem Verlust an gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung bis minus 6 Prozent



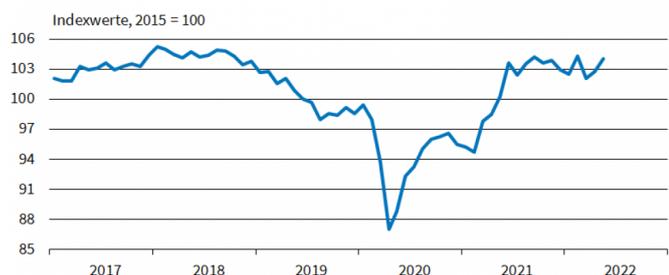
zu rechnen. Damit würde der zu erwartende Einbruch der Wirtschaftsleistung deutlicher ausfallen als aufgrund der Corona-Krise im Jahr 2020 (minus 4,6 Prozent). Bei der Bundesbank käme es zu einer Abweichung von der Basisprognose von minus 5,1 Prozent in diesem, von minus 3,5 Prozent im nächsten Jahr und von minus 3,4 Prozent im Jahr 2024. **In dieser Prognose würde auch die Inflationsrate 2022 um 1,5 und 2023 um zwei Prozentpunkte höher ausfallen.**

**Es könnte aber auch noch schlimmer kommen.** In einer weiteren Modellrechnung kommt Tom Krebs (IMK Study Nr. 79, Mai 2022) zum Ergebnis, dass die angebotsseitigen Störungen durch einen Ausfall der Gaslieferungen aus Russland bis zu acht Prozent weniger Wirtschaftsleistung zur Konsequenz haben können. Dazu kommen nachfrageseitige Einbrüche von bis zu vier Prozent. Insgesamt könnte das BIP also um bis zu 12 Prozent geringer ausfallen als mit Gaslieferungen.

In diesen Prognosen wurden viele Schwachpunkte, die an der Simulation von Bachman u. a. bemängelt wurden, besser gelöst und sie zeigen ein viel realistischeres Bild. Trotzdem bleibt die Belastbarkeit solcher Projektionen fraglich. Es ist davon auszugehen, dass die komplexen Wirkungszusammenhänge einer solchen Störung der Energieversorgung nicht vollständig erfasst werden.

**Erstaunlich robust angesichts der unsicheren Rahmenbedingungen präsentiert sich auch der Arbeitsmarkt.** Das ifo-Beschäftigungsbarometer zeigt seit dem Sommer 2021 eine stabile Entwicklung. Weder die sich im Winter 2021/22 noch einmal verschärfende Corona-Lage noch der Kriegausbruch und die bisherigen Sanktionsbeschlüsse haben daran etwas ändern können. Eine Ursache ist sicherlich der wachsende Fachkräftebedarf. Allerdings ist das Beschäftigungsbarometer für das Verarbeitende Gewerbe eingebrochen.

ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland<sup>a</sup>  
Saisonbereinigt



<sup>a</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.  
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2022. © ifo Institut

Eine positive Entwicklung ist auch bei der Kurzarbeit zu erkennen. **Die Zahl der Kurzarbeitenden geht weiter zurück und ist nach Schätzungen des ifo-Instituts im April und im Mai, trotz der Belastungen durch Krieg und Sanktionen, kräftig gesunken.**

ifo Schätzung der Kurzarbeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA; Stand 31.5.2022); Schätzungen des ifo Instituts. © ifo Institut

**Waren im März noch fast 700.000 Personen oder 2,1 Prozent aller Beschäftigten in Kurzarbeit, so schrumpfte die Zahl im April auf 400.000 oder 1,2 Prozent. Im Mai setzte sich der Rückgang fort auf 277.000 bzw. 0,8 Prozent.** Den stärksten Rückgang gab es bei der Gastronomie und im Einzelhandel, die beide stark von den weiteren Corona-Lockerungen profitierten. Aber auch in der Industrie arbeiteten nach den Schätzungen des ifo-Instituts weniger Menschen kurz. Ausreißer ist die Automobilindustrie, in der im Mai mit 38.000 oder 4,1 Prozent der Beschäftigten noch relativ viel in der Kurzarbeit sind.

**Die Fortsetzung des Aufschwungs in den Prognosen der Institute (ohne Gasembargo) zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt.** Nach dem Rückgang der Erwerbstätigkeit im Krisenjahr 2020 und einer faktischen Stagnation 2021 steigt nach den Erwartungen der Frühjahrsprognose der GD die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr wieder kräftig auf 45,5 Millionen an. Im Vorkrisenjahr 2019 waren es noch 45,3 Millionen. Dieser Anstieg geht vor allem auf die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurück. Für 2023 erwartet die GD eine weitere Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen auf 45,7 Millionen. Auch die Arbeitslosigkeit wird nach dieser Berechnung zurückgehen. **Die Arbeitslosenquote (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) sinkt von 5,7 Prozent 2021 auf fünf Prozent in diesem und im nächsten Jahr.**

## 2. Metall- und Elektroindustrie

### 2.1 Lieferengpässe und Energiepreise bremsen die Erholung in der M+E-Industrie

**Die Metall- und Elektroindustrie befindet sich schon seit etwa Anfang 2018 in schwierigem Fahrwasser.** Ende 2019 schien sich die Situation etwas zu entspannen. Vor dem Hintergrund der sich verbessernden Auftragslage hellte die Stimmung auf. Mit den politisch verordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie Betriebsschließungen, die den ins Stocken geratenen Lieferketten Rechnung trugen und einen weiteren störungsfreien, eng getakteten Produktionsablauf nicht mehr ermöglichten, brach der zu Jahresanfang 2020 einsetzende Erholungsprozess in der zweiten Märzhälfte abrupt ab.

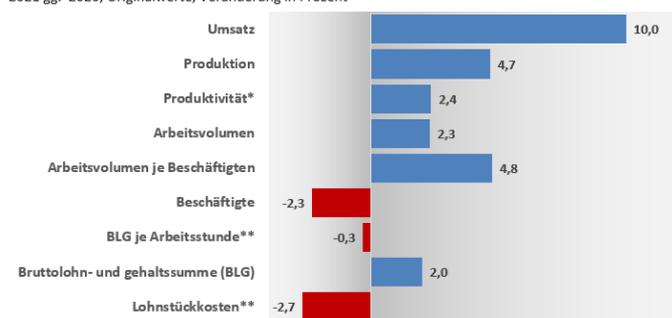


Über das Gesamtjahr 2020 fiel die M+E-Produktion um 13 Prozent unter das Vorjahresniveau.

2021 kamen zu den anhaltenden Problemen um die Pandemie weitere Lieferengpässe bei Material und Vorleistungen, die schon im ersten Quartal zu erneuten Produktionsstopps und Kurzarbeit führten. Der besondere Umgang Chinas mit der Eindämmung der Pandemie, die Zero-Covid-Strategie, macht sich in den Branchen der M+E-Industrie bemerkbar. Hinzu kam, dass die durch die Pandemie beschleunigte Digitalisierung und damit die Nachfrage nach digitaler Ausrüstung zu zunehmenden Knappheiten bei der Versorgung mit elektronischen Bauteilen führte. Schließlich bedeutete die Havarie eines Containerschiffs im Suez-Kanal im März 2021, dass die Passage für eine Woche für Hunderte von Schiffen unmöglich wurde, was zusätzlich den reibungslosen Ablauf des weltweiten Handels beeinträchtigte. Diese Störungen im Produktionsablauf erschwerten die Erholung in der M+E-Industrie.

2021 stieg die Produktion in der M+E-Industrie gegenüber 2020 zwar um plus 4,7 Prozent, verfehlte aber das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 um 8,9 Prozent. Eine bessere Bilanz zeigte die Umsatzentwicklung, die um satte zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegte und nur um 1,2 Prozent unter dem Umsatzwert des Jahres 2019 abschloss. Da Preisänderungen bei der Ermittlung des Produktionswertes herausgerechnet werden, dürfte ein Teil der Erklärung in Preissteigerungen sowie höheren Margen der von der Automobilindustrie vermehrt produzierten höherwertigen Modelle liegen. Aufgrund des Chipmangets sind die Hersteller dazu übergegangen, die verfügbaren Mengen vor allem bei diesen Modelltypen einzusetzen.

Kennzahlen der Metall- und Elektroindustrie  
2021 gg. 2020, Originalwerte, Veränderung in Prozent



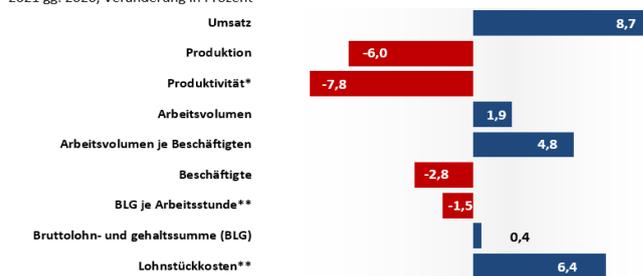
\* näherungsweise berechnet aus der Differenz zwischen Veränderung Produktion und Arbeitsvolumen,  
\*\* näherungsweise berechnet aus der Differenz zwischen Veränderung BLG und der Produktion bzw. BLG und Arbeitsvolumen  
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die Rückführung der Kurzarbeit führte zu einem Anwachsen der geleisteten Arbeitsstunden der Beschäftigten. Weil das Arbeitsvolumen 2021 aber schwächer zulegte als die Produktion, nämlich nur um 2,3 Prozent, errechnet sich ein Plus bei der Produktivität (Produktion je Arbeitsstunde) um 2,4 Prozent. Die M+E-Industrie verlor im vergangenen Jahr 2,3 Prozent ihrer Beschäftigten, was bei einem insgesamt zunehmenden Arbeitsvolumen zu einem Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten um 4,8 Prozent führte. Da die Bruttolohn- und

gehaltssumme um zwei Prozent stieg, während die Produktion deutlich mehr, nämlich um 4,7 Prozent, anwuchs, sanken die Lohnstückkosten gegenüber 2020 um 2,7 Prozent.

Nach einem bereits sehr schwierigen Jahr 2020 sah sich die Automobilindustrie 2021 weiteren Herausforderungen gegenüber. Lieferengpässe und Produktionsstopps führten dazu, dass die Produktion ein weiteres Jahr in Folge sank, und zwar um sechs Prozent, nachdem schon 2020 ein Rückgang um 23,5 Prozent gegenüber 2019 verkräftet werden musste. Gleichzeitig legte der Umsatz um beinahe neun Prozent zu, was sich mit dem bereits erwähnten Wechsel hin zur Produktion und Vermarktung hochpreisiger Modelltypen erklären lässt. Weil das Arbeitsvolumen um 1,9 Prozent stieg, sank bei gleichzeitig rückläufiger Produktion die Produktivität um 7,8 Prozent. Allerdings verlor die Automobilindustrie auch 2,8 Prozent ihrer Beschäftigten, so dass jede/er Beschäftigte 4,7 Prozent mehr Arbeitsstunden leistete. Und weil die Bruttolohn- und Gehaltssumme nahezu konstant blieb bzw. leicht um plus 0,4 Prozent zulegte, stiegen bei rückläufiger Produktion die Lohnstückkosten um 6,4 Prozent. Verglichen mit der durchschnittlichen Entwicklung der gesamten Metall- und Elektroindustrie schnitt die Automobilindustrie im bisherigen Jahresverlauf damit deutlich schlechter ab.

Kennzahlen in der Automobilindustrie (WZ 29)  
2021 gg. 2020, Veränderung in Prozent



\* näherungsweise berechnet aus der Differenz der Veränderung der Produktion und Arbeitsvolumen  
\*\* näherungsweise berechnet aus der Differenz der Veränderung der BLG und dem Arbeitsvolumen bzw. Produktion  
Quelle: Statistisches Bundesamt Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

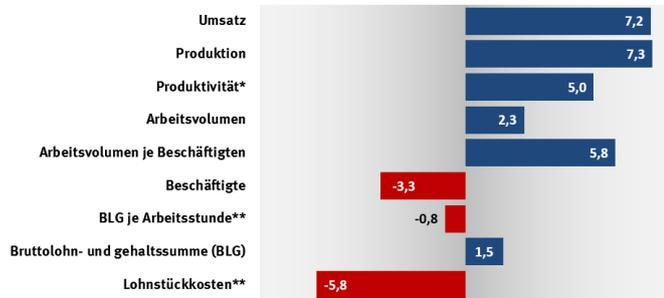
Der Maschinenbau kam vergleichsweise besser durch das Jahr 2021 als die Automobilindustrie und hob den Schnitt in der Metall- und Elektroindustrie. Der Umsatz stieg 2021 um 7,2 Prozent, konnte damit aber nicht vollständig den massiven Einbruch des Vorjahres um 10,5 Prozent korrigieren. In etwa im selben Umfang stieg auch die Produktion (plus 7,3 Prozent). Auch dieser kräftige Zuwachs reichte nicht, um das Vorjahresminus um 12,5 Prozent auszugleichen.

Weil die geleisteten Arbeitsstunden im Vergleich zur Produktion etwas weniger, nämlich nur um 2,3 Prozent, zulegten, stieg der Auslastungsgrad und in Folge auch die Produktivität um 4,6 Prozent. Durch den Verlust von 3,3 Prozent der Beschäftigten stieg mit dem zunehmenden Arbeitsvolumen die je Beschäftigten geleistete Arbeitszeit um 5,8 Prozent. Der kräftige Produktionsaufwuchs um 7,3 Prozent führte zusammen mit



der nur um 1,5 Prozent wachsenden Bruttolohn- und Gehalts-  
summe dazu, dass die Lohnstückkosten um knapp sechs Pro-  
zent niedriger ausfielen als im Vorjahr.

Kennzahlen im Maschinenbau (WZ 28)  
2021 gg. 2020, Veränderung in Prozent

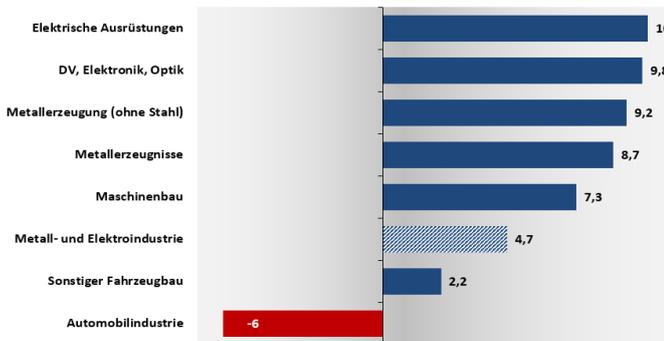


\* näherungsweise berechnet aus der Differenz der Veränderung der Produktion und Arbeitsvolumen  
\*\* näherungsweise berechnet aus der Differenz der Veränderung der BLG und dem Arbeitsvolumen bzw. Produktion  
Quelle: Statistisches Bundesamt Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

### 2.2 M+E-Produktion noch deutlich unter Vorkrisenniveau

Die M+E-Produktion befindet sich schon seit einigen Jahren in einer Schwächephase. Dabei haben sich die Teilbranchen der M+E-Industrie sehr unterschiedlich entwickelt. In der Jahresbilanz 2021 schnitten die beiden Elektrobranchen, die von der beschleunigten Digitalisierung und Elektrifizierung profitieren, am besten ab. Es folgen die Metallherzeugung und die Herstellung von Metallherzeugnissen. Auch der Maschinenbau konnte mit knapp plus neun Prozent kräftig zulegen. Unterdurchschnittlich schloss der Sonstige Fahrzeugbau (plus 2,2 Prozent) ab. Die Automobilindustrie war die einzige Teilbranche, die nicht nur im Krisenjahr 2020, sondern auch im darauffolgenden Jahr die Produktion massiv zurückfahren musste und belastete das M+E-Ergebnis mit einem Produktionsrückgang von sechs Prozent. Die Zuwächse der meisten Teilbranchen im Jahr 2021 genügten nicht, um das Niveau aus dem Vor-Corona-Jahr 2019 wieder zu erreichen. Die M+E-Industrie insgesamt lag 2021 trotz des Zuwachses um 4,7 Prozent über das Gesamtjahr 8,8 Prozent unter dem Produktionsniveau von 2019. Lediglich die beiden Elektrobranchen übertrafen mit plus 2,6 bzw. 2,7 Prozent das Volumen von 2019. Alle anderen Teilbranchen verfehlten dieses Ziel.

Produktion in den M+E-Branchen  
Veränderung 2021 gegenüber 2020 in Prozent, Originalwerte

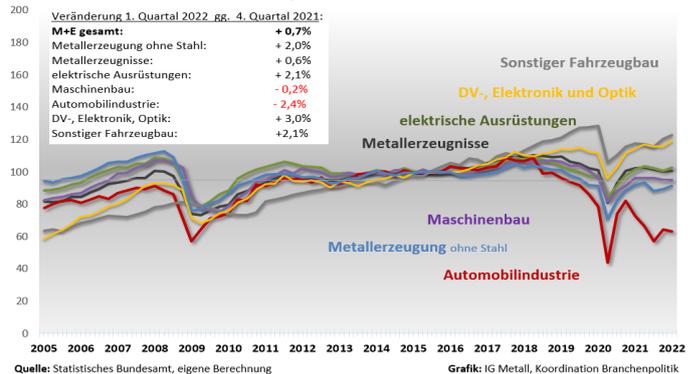


Quelle: Statistisches Bundesamt Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

In den ersten drei Monaten 2022 konnte die Produktion in der Metall- und Elektroindustrie den relativ kräftigen Aufwärtstrend, dem sie seit Oktober 2021 folgt und der zu einem Plus von 2,7 Prozent im letzten Quartal 2021 führte, nur mit einem Plus von 0,7 Prozent fortsetzen. Mit Beginn des Krieges im März sank die M+E-Produktion gegenüber Februar um 4,3 Prozent. Am heftigsten traf es die Automobilindustrie, deren Produktion um 14,5 Prozent unter den Vormonat fiel. Aber auch der Maschinenbau (minus 3,8 Prozent) und die Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik (minus 2,1 Prozent) sowie die beiden Metallbranchen (Metallherzeugung minus 2,3, Herstellung von Metallherzeugnissen minus 2,5 Prozent) traf es spürbar. Im April konnte sich die M+E-Produktion mit plus 1,2 Prozent wieder leicht erholen.

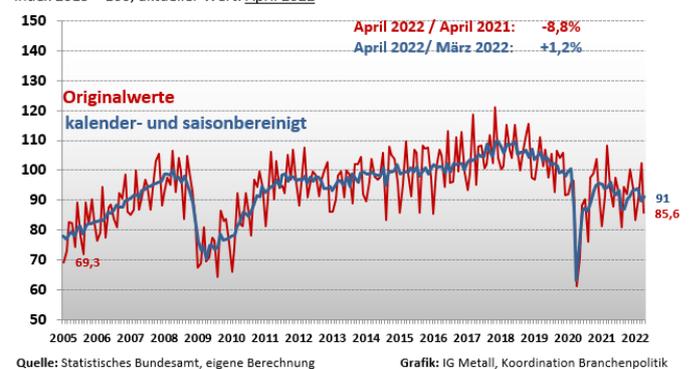
Die weitere Entwicklung hängt maßgeblich davon ab, wie sich der Ukraine-Krieg und die Sanktionen auf die Versorgungslage und auf die Energiepreise auswirken werden. Auch die Null-Covid-Strategie Chinas könnte kurzfristig zu weiteren Verwerfungen insbesondere bei der Versorgung mit Vorprodukten führen. Darüber hinaus schwächt die steigende Unsicherheit die Investitionsbereitschaft, was die Erholung und das Wachstum mittelfristig belastet.

Produktion in den Hauptbranchen der Metall- und Elektroindustrie  
Index 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigte Quartalsdurchschnitte



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Produktion in der Metall- und Elektroindustrie  
Index 2015 = 100, aktueller Wert: April 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) berichtete Anfang Mai, dass seit Jahresbeginn zwölf Prozent weniger Pkw produziert wurden als im Vorjahr. Auch der Export von Neufahrzeugen lag 17 Prozent unter Vorjahresniveau. Bereits im April



**korrigierte der VDA seine Produktionsprognose für 2022 von plus 13 Prozent auf nur noch plus sieben Prozent.** Bei der Auslandsproduktion wurde nur noch ein Plus von zwei Prozent erwartet gegenüber fünf Prozent zuvor (VDA, Pressemeldung, 5. April 2022). Die schwächeren Produktions- und Exportwerte spiegeln sich auch in den **Zulassungszahlen für die Europäische Union.** So meldete der ACEA am 18. Mai, dass in den ersten vier Monaten diesen Jahres 14,4 Prozent weniger PKWs in der Europäischen Union zugelassen wurden als noch vor einem Jahr. In Deutschland betrug der Rückgang neun Prozent.

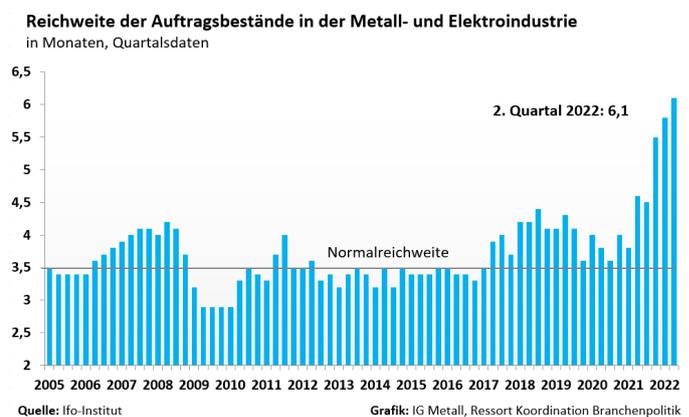
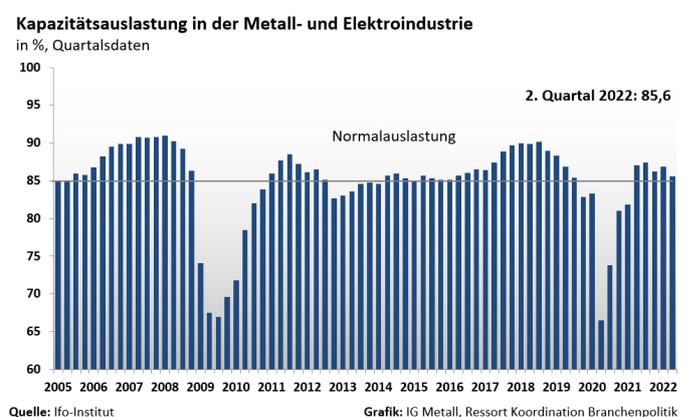
Die **Produktionsentwicklung in der beschäftigungsintensivsten Teilbranche der Metall- und Elektroindustrie, dem Maschinenbau,** weicht am aktuellen Rand ebenfalls vom Gesamtrend der M+E-Industrie ab: Im Februar sank die Produktion gegenüber dem Vormonat um merkliche 2,1 Prozent. Unter dem Eindruck der zunehmenden Unsicherheit um den Ukraine-Konflikt korrigierte der VDMA im März seine bisherige Jahresprognose für die **Produktion von sieben auf nur noch plus vier Prozent.** Bei dieser Prognose wurde unterstellt, dass der Krieg nicht lange anhalten wird und es zu keinem Energiepreisschock kommen wird (VDMA Pressemitteilung, 11. März 2022). **Mit Blick auf die Eskalation im Ukraine-Krieg und anhaltende Lieferkettenprobleme reduzierte der VDMA mittlerweile seine Produktionsprognose für 2022 von plus vier auf plus ein Prozent (VDMA Pressemitteilung, 30.05.2022).**

Poblematisch erscheint eine Voraussage für die gesamte **Elektro- und Digitalindustrie,** die ein Verbund an Teilbranchen mit doch sehr unterschiedlichen Produkten, Produktionsabläufen und Zielmärkten ist, und etwa von der Herstellung von Solarzellen über Geräte der Unterhaltungselektronik bis zur Herstellung von medizintechnischen Geräten sowie von Elektromotoren reicht. In einer aktuellen Mitgliederbefragung des **ZVEI (Verband der Elektro- und Digitalindustrie e. V.)** vom April 2022 beklagte jedes zweite Unternehmen direkt von den Sanktionen gegen Russland betroffen zu sein. 60 Prozent der Unternehmen befürchten, dass sich die Lieferkettenprobleme in den nächsten Wochen nochmals verschärfen werden (ZVEI Presse-Mitteilung vom 19. April 2022). 2022 dürfte folglich auch für die Elektrobranche von Unsicherheiten geprägt sein. Allerdings ist die Auftragsentwicklung sehr dynamisch und lässt nach Überwindung der Versorgungsengpässe auf eine rasche Belebung der Produktion hoffen.

### 2.3 Kapazitätsauslastung übertrifft seit fünf Quartalen das langjährige Mittel

Obwohl die deutsche Wirtschaft noch nicht wieder ihr Vorkrisenniveau erreicht hat, berichten die Unternehmen seit dem 2. Quartal 2021 von einer sehr hohen Kapazitätsauslastung. Mit beinahe 87 Prozent übertraf diese im ersten Quartal 2022 den langjährigen Trend von etwa 85 Prozent sehr deutlich. Für das zweite Quartal wird nur noch mit einer Auslastung von 85,6 Prozent gerechnet, die aber immer noch knapp über dem lang-

jährigen Trend liegt. **Der Sonstige Fahrzeugbau** belastet im 2. Quartal die Gesamtbilanz. Allerdings steigt die Auslastung im 2. Quartal entgegen den M+E-Trend von 70 Prozent im 1. Quartal auf 74,8 Prozent. Auch der Auslastungsgrad in der **Automobilindustrie** ist mit 80,6 Prozent im 2. Quartal unterdurchschnittlich und sinkt im Vergleich zum 1. Quartal um deutliche 4,2 Prozentpunkte. **Besser sieht es in den anderen Teilbranchen aus.** Den höchsten Auslastungsgrad wird die **Metallerzeugung** mit beinahe 90 Prozent (89,7) erreichen (plus 0,5 Prozentpunkte). Auch in der **Herstellung von Metallerzeugnissen** wird mit 85,8 Prozent ein überdurchschnittlicher Wert erzielt, nach einem Zuwachs um 1,7 Prozentpunkte. Beide **Elektrobranchen** (89,1 und 88,7 Prozent) und der **Maschinenbau** (87,3 Prozent) erzielen hohe Auslastungen, jedoch sanken die Werte im Maschinenbau (minus 2,0 Prozentpunkte) und in der Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und opt. Erzeugnissen (minus 2,4 Prozentpunkte von 91,5 auf 89,1 Prozent) sehr deutlich.



Die **Reichweite der Auftragsbestände** wird im 2. Quartal 2022 mit 6,1 Monaten einen historischen Höchstwert erreichen. Dazu beitragen werden die Automobilindustrie (sinkt jedoch von 7,7 auf 7,6 Monate), der Maschinenbau (steigt von 6,1 auf 6,6 Monate) und die Herstellung von Geräten der DV-, elektronischen und opt. Erzeugnissen (steigt von 5,0 auf 6,3 Monate), aber auch der Sonstige Fahrzeugbau (sinkt allerdings von 10,5 auf 8,4 Monate). Kürzere Reichweiten werden bei der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (steigt aber von 4,4 auf 5,2

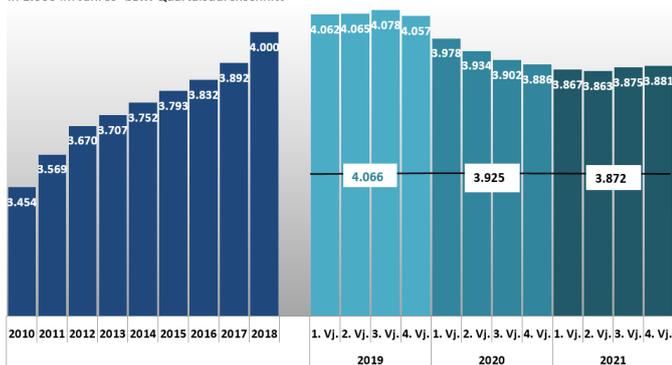


Monate) sowie in den Metallbranchen erzielt (jeweils konstant etwa vier Monate).

### 2.4 M+E-Beschäftigung stabilisiert sich auf niedrigerem Niveau

Der langjährige Beschäftigungsaufbau in der M+E-Industrie endete im vierten Quartal 2019 mit einem Rekordwert. Über das Gesamtjahr 2019 waren 4,07 Millionen Personen in der M+E-Industrie beschäftigt (in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten). Im Krisenjahr 2020 gingen etwa 141 Tausend Arbeitsplätze verloren und nochmals 53 Tausend im Jahr 2021. Um deutliche 4,7 Prozent (35 Tausend) verlor die Metall-erzeugung und -bearbeitung an Beschäftigung. Die beschäftigungsstärkste Teilbranche der M+E-Industrie, der Maschinenbau, verlor 3,3 Prozent seiner Beschäftigten und fiel auf 936 Tausend. Auch die Metallerzeugnisse (minus 3,2 Prozent auf 511 Tausend) und die Automobilindustrie (minus 2,8 Prozent auf 786 Tausend) mussten spürbare Verluste hinnehmen. Nur eine M+E-Teilbranche, die Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik (plus 0,7 Prozent auf 291 Tausend), konnte etwas Beschäftigung aufbauen.

Beschäftigte in der M+E-Industrie in 1.000 im Jahres- bzw. Quartalsdurchschnitt



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Beschäftigte in den Hauptbranchen der M+E-Industrie im Jahr 2021 in 1.000, Veränderung zu 2020 in Prozent

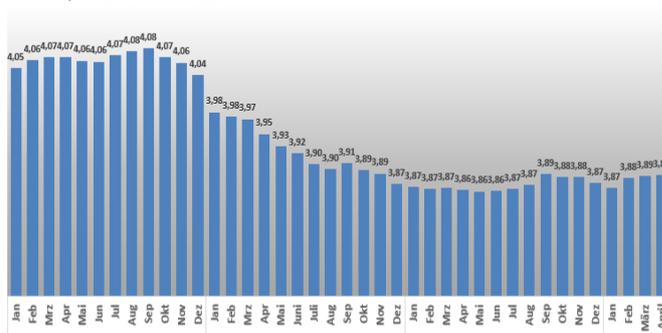


Quelle: Statistisches Bundesamt, in Betrieben ab 50 Beschäftigten \* M+E Beschäftigte in Betrieben ab 20 Beschäftigten: 3,87 Mio. Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Bereits in den letzten beiden Quartalen 2021 stieg die Beschäftigung leicht an. Im vierten Quartal 2021 gab es einen Beschäftigungsaufwuchs um etwa sechs Tausend von 3,875 auf 3,881 Millionen (in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten). In den ers-

ten drei Monaten im Jahr 2022 konnte die Beschäftigung auf dem Niveau von zuletzt knapp 3,9 Millionen Beschäftigten stabilisiert werden.

Beschäftigte in der M+E-Industrie in Millionen, Monatswerte ab Januar 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Im Krisenjahr 2020 verhinderte die massive Nutzung der Kurzarbeit einen kräftigen Arbeitsplatzabbau. Den Höchststand erreichte die Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe 2020 im Mai mit etwa zwei Millionen oder 29 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Jahr 2021 entspannte sich die Lage. Waren im Januar 2021 noch etwa 700 Tausend Beschäftigte (10 Prozent) im Verarbeitenden Gewerbe in Kurzarbeit, schätzte die Agentur für Arbeit die Anzahl im Dezember auf 245 Tausend (3,5 Prozent). Im Mai 2022 befanden sich nach Schätzungen des Ifo Instituts im Verarbeitenden Gewerbe noch etwa 276 Tausend (0,8 Prozent) Personen in Kurzarbeit. Unter den Teilbranchen der M+E-Industrie waren es vor allem die Automobilindustrie (38,4 Tausend, 4,1 Prozent) und der Maschinenbau (19 Tausend, 1,8 Prozent), die im Mai dieses Instrument der Beschäftigungssicherung (auf niedrigem Niveau) noch relativ stark in Anspruch nahmen. Der Ukraine-Krieg könnte in den nächsten Monaten diesen Trend aufgrund der Versorgungsgenässe fortschreiben.

Ifo-Schätzung der Kurzarbeit nach Wirtschaftsbereichen im Mai 2022 Anzahl der Kurzarbeitenden, Anteil in Prozent der sozialvers.-pfl. Beschäftigten



Quelle: Ifo-Institut, 10. Juni 2022 Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

### 2.5 Auftragseingang in Teilbranchen auf Rekordniveau

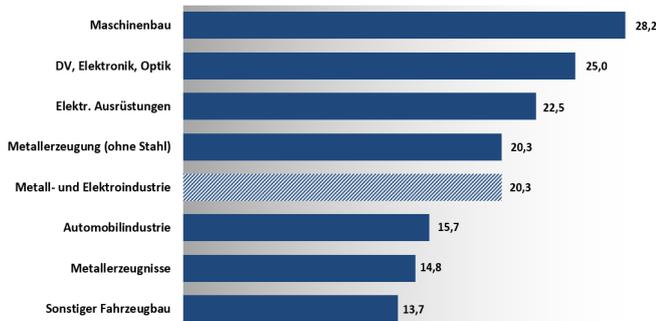
Die Jahresbilanz 2021 zeigt, dass alle Teilbranchen der M+E-Industrie sehr deutliche Zuwächse bei den Aufträgen er-



zielten. Im Durchschnitt stiegen die Bestellungen um etwas mehr als 20 Prozent. Unterdurchschnittlich schlossen die Automobilindustrie (plus 15,7 Prozent), die Metallerzeugnisse (plus 14,8 Prozent) und der Sonstige Fahrzeugbau (plus 13,7 Prozent) ab. Vergleichsweise gut durch das Jahr kamen der Maschinenbau (plus 28,2 Prozent), die DV, Elektronik und Optik (plus 25 Prozent) und die Elektrischen Ausrüstungen (22,5 Prozent). Vergleicht man das Jahr 2021 mit dem Vorkrisenjahr 2019, so konnten alle Teilbranchen dazugewinnen (M+E-Industrie insgesamt plus 11,2 Prozent). Am deutlichsten jedoch die Digital- und Elektrobranchen (Herstellung von DV-Geräten, elektronische und opt. Erzeugnisse plus 27,1 Prozent, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen plus 20,1 Prozent).

Die erfreuliche Entwicklung bei den Auftragseingängen scheint sich 2022 fortzusetzen. Die M+E-Industrie insgesamt legte im ersten Quartal 2022 um deutliche 4,2 Prozent gegenüber dem Schlussquartal 2021 zu, wobei die beiden Elektrobranchen (DV-Verarbeitung, Elektronik und Optik plus 8,6 Prozent sowie Herstellung von elektrischen Ausrüstungen plus 1,3 Prozent) den Aufwärtstrend der letzten Quartale fortsetzten konnten, allerdings mit kleiner Unterbrechung im dritten und vierten Quartal 2021 bei der Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik. Eine positive Entwicklung ist auch bei der Herstellung von Metallerzeugnissen mit einem Plus von nahezu 11 Prozent im ersten Quartal zu verzeichnen. Allerdings war das Plus getragen von einem starken Impuls im Januar, der vollständig im Februar und März korrigiert wurde. Auf etwas niedrigerem Niveau haben sich die Metallerzeugung und die Automobilindustrie stabilisiert. Der Maschinenbau musste das zweite Quartal in Folge einen Rückgang bei den Bestellungen verbuchen. Insgesamt erreichte der Auftragseingang im ersten Quartal 2022 aber immer noch ein hohes Niveau. **Auffällig ist das kräftige Auseinanderdriften der M+E-Teilbranchen:** Einerseits profitieren die Digital- und Elektrobranchen sehr stark von der Transformationsdynamik, andererseits bremst der etwas verhaltene Auftragseingang in der Automobilindustrie auch die Entwicklung in den vorgelagerten Wertschöpfungsstufen, insbesondere in der Metallerzeugung, am Ende des ersten Quartals aber auch in der Herstellung von Metallerzeugnissen.

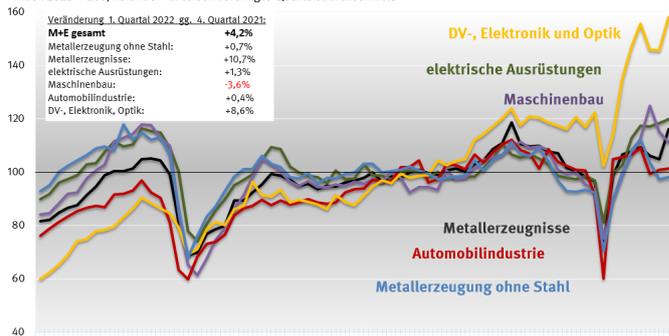
**Auftragseingänge in den Branchen der M+E-Industrie**  
arbeitstäglich bereinigt, 2021 gegenüber 2020, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

**Auftragseingang in den Hauptbranchen der Metall- und Elektroindustrie**  
Index 2015 = 100, kalender- u. saisonbereinigte Quartalsdurchschnitte

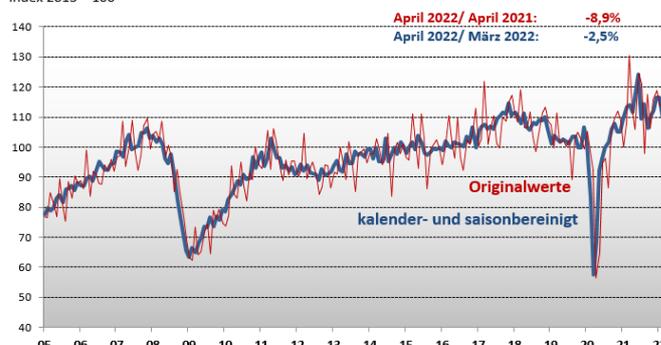


Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die Folge von Krieg und Sanktionen schlugen sich auch auf die Bestellungen nieder. Im März 2022 brach der Auftragseingang um 5,3 Prozent gegenüber Februar 2022 ein. Der starke Rückgang der Bestellungen im März in der Automobilindustrie um 10,2 Prozent gegenüber dem Vormonat sowie der leichte Rückgang bei den Metallerzeugnissen (minus 2,0 Prozent) und im Maschinenbau (minus 1,1 Prozent) konnte nur durch das kräftige Plus bei der Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik (plus 19,3 Prozent) und der relativ stabilen Entwicklung bei den elektrischen Ausrüstungen sowie in der Metallerzeugung etwas korrigiert werden. **Im April sank der M+E-Auftragseingang ein weiteres Mal** um 2,5 Prozent vor allem wegen des erneuten Rückgangs in der Autoindustrie (minus 8,6 Prozent) aber nun auch bei der Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und opt. Erzeugnissen (minus 6,6 Prozent).

**Auftragseingang in der Metall- und Elektroindustrie**  
Index 2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt

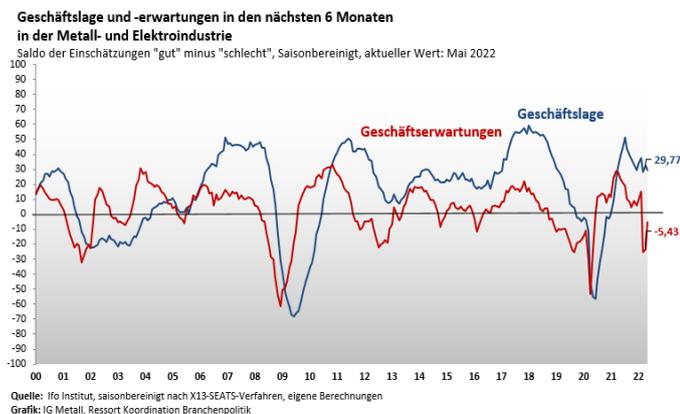
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

## 2.6 Hohe Unsicherheit bei den Geschäftserwartungen

Die Stimmung in der Metall- und Elektroindustrie hat sich seit dem zweiten Quartal 2021 deutlich verschlechtert. Das ganze Jahr über beherrschten die Materialengpässe die Stimmung. Nach einer leichten Erholung zum Jahresende und der Hoffnung auf Normalisierung und Entspannung bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie **im Januar und Februar folgte ein historischer Einbruch im März mit Beginn des Ukraine-Krieges.** Sehr früh kam es zu erneuten Störungen in den Lieferketten, da insbesondere in der

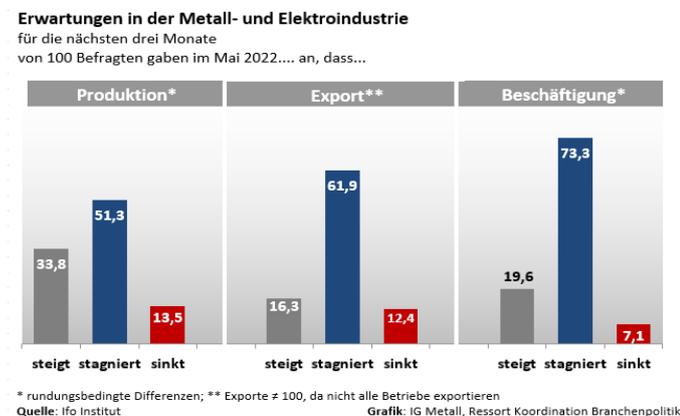


Automobilindustrie Kabelbäume fehlten. Allerdings verbesserten sich die Erwartungen im April und Mai sehr deutlich: Die Pessimisten überwiegen nur noch um etwas mehr als fünf Prozentpunkte.



Der dramatische Einsturz bei den Geschäftserwartungen ist zum Großteil der allgemeinen Verunsicherung zuzuschreiben und könnte sich in den nächsten Monaten weiter beruhigen. Die Beurteilung der Geschäftslage bewegt sich trotz des erneuten leichten Rückgangs im Mai nach einer Verbesserung im April nach wie vor auf relativ hohem Niveau.

Optimistisch stimmen die aktuellen Erwartungen im Mai für die Produktion und den Export in den nächsten drei Monaten. Allerdings hatten sich die Erwartungen bereits im März deutlich verschlechtert und im April nur leicht stabilisiert. Die Mai-Befragung deutet insgesamt auf eine Verbesserung der Erwartungen. Bei der Produktion gaben deutlich mehr der Befragten (33,8 Prozent) an, dass sie mit einem Zuwachs rechnen. Nur 13,5 Prozent erwarten einen weiteren Rückgang. 51,3 Prozent gehen von einer Stagnation aus. Bei den Exporten überwiegen inzwischen wieder die positiven Einschätzungen (Differenz: 4,2 Prozentpunkte). Die überwiegende Mehrheit geht von keiner Veränderung in den nächsten Monaten aus. Insofern sind die Export-Aussichten insgesamt stabil und haben sich gegenüber der April-Befragung sogar etwas verbessert.



Eine stabile bis positive Entwicklung dürfte für die Beschäftigung zu erwarten sein, da 73,3 Prozent der Befragten eine unveränderte Beschäftigung erwarten und inzwischen deutlich mehr Befragte eher mit einem Beschäftigungsaufwuchs (19,6 Prozent) als mit einem Rückgang (7,1 Prozent) rechnen.



Der Blick in die Teilbranchen der M+E-Industrie zeigt große Unterschiede. Seit einiger Zeit zeichnen sich die beiden Elektro-Branchen durch überwiegend positive Erwartungen für die nächsten Monate aus. Das gilt für die Produktion, für den Export, aber auch für die Beschäftigung. Etwas unsicherer sind die Perspektiven in den Metallbranchen. Die positive Differenz zwischen den positiven und den negativen Erwartungen sind nicht so ausgeprägt wie in den Elektrobranchen, die ganz eindeutig von der zunehmenden Digitalisierung und Elektrifizierung auch in der Pandemie profitieren. Selbst der Ausbruch des Ukraine-Kriegs im März hat hier kaum Spuren hinterlassen. Doch auch die Erwartungen in der Automobilindustrie haben sich im Mai deutlich verbessert. Vor allem bei der Produktion wird in den nächsten Monaten mit einem Zuwachs gerechnet. Aber auch bei der Beschäftigung und bei Export überwiegen nun im Gegensatz zum April die Optimisten, so dass auch hier auf ein Plus in den nächsten Monaten gehofft werden darf.





### 3. Preise, Produktivität und Verteilung

**In den Tarifverhandlungen soll der Anspruch der Beschäftigten auf eine angemessene Teilhabe am Zuwachs des wirtschaftlichen Wohlstands bekräftigt und umgesetzt werden.**

Diesem Anspruch stehen die Interessen der Kapitalseite auf eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals gegenüber. Für die Entgeltforderung spielt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Preise eine zentrale Rolle. Die Veränderung der Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung je geleisteter Arbeitsstunde) ist ein Ausdruck der veränderten Leistungsfähigkeit der Arbeit.

**Durch die Berücksichtigung der Geldentwertung (Inflation, bzw. steigendes Preisniveau) soll sichergestellt werden, dass der ausgehandelte Entgeltzuwachs nicht durch die Preissteigerungen aufgezehrt wird.** Aus der Summe von Produktivitätszuwachs und Inflationsrate ergibt sich der verteilungsneutrale Spielraum. Für die Berechnung des Preisniveaus dient hier der BIP-Deflator. Im Unterschied zum Verbraucherpreisindex bildet der BIP-Deflator nicht nur Preisänderungen der Güter eines ausgewählten Warenkorbs ab, sondern die Änderungen aller Preise der Volkswirtschaft.

**Entwickeln sich die Entgelte entlang des verteilungsneutralen Spielraums, so verändert sich die Lohnquote (Anteil der Arbeitnehmerinnen am Volkseinkommen) nicht.** Legen die Entgelte stärker zu, so steigt der Anteil der Arbeitnehmerinnen am Volkseinkommen zu Lasten des Anteils der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Die Differenz zwischen der Entgeltforderung und dem verteilungsneutralen Spielraum entspricht folglich der Umverteilungskomponente. Gelingt ein Tarifabschluss in diesem Umfang, erzielen die Arbeitnehmerinnen einen höheren Anteil am Volkseinkommen.

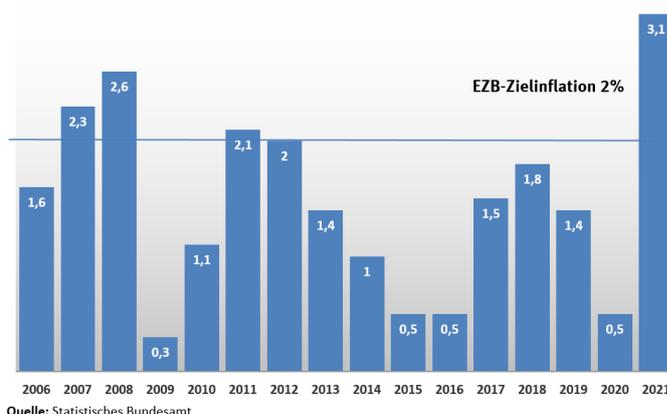
#### 3.1 Preisniveau mit starkem Aufwärtstrend

**Für die Beschäftigten ist die Entwicklung der Verbraucherpreise von Bedeutung, da diese maßgeblich den für den privaten Konsum relativ großen Anteil des aufzuwendenden Entgeltanteils beeinflusst und somit die tatsächliche, reale Einkommensentwicklung bestimmt.** Die Verbraucherpreise in Deutschland zeigten in den letzten Jahren nur eine sehr schwache Dynamik und unterschreiten seit 2013 bis 2020 die von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebte Zielmarke von ‚zwei Prozent‘, bei der diese das Ziel ‚Preisniveaustabilität‘ als erfüllt ansieht. Auch der von der EZB relevante Harmonisierte Verbraucherpreisindex im Euroraum zeigt im Wesentlichen diese schwache Dynamik.

In den Jahren 2015 und 2016 betrug der Verbraucherpreisanstieg in Deutschland nur 0,5 Prozent. Mit der anziehenden Konjunktur 2017 stieg die Teuerungsrate um immerhin 1,5 bis 1,8 Prozent im Jahr 2018, um dann 2019 wieder auf 1,4 Prozent zurückzufallen. Die durch den Handelskrieg ausgelöste schwache Exportentwicklung bei gleichzeitig nachlassenden privaten

Investitionen bremste die Konjunktur und dämpfte die Preisentwicklung. Aufgrund der Corona-Krise fiel die Teuerungsrate 2020 auf nur noch plus 0,5 Prozent zurück. Im Jahr 2021 zog die Inflationsrate von 0,5 auf 3,1 Prozent dramatisch an.

**Preise**  
Veränderung der Verbraucherpreise zum Vorjahr in Prozent



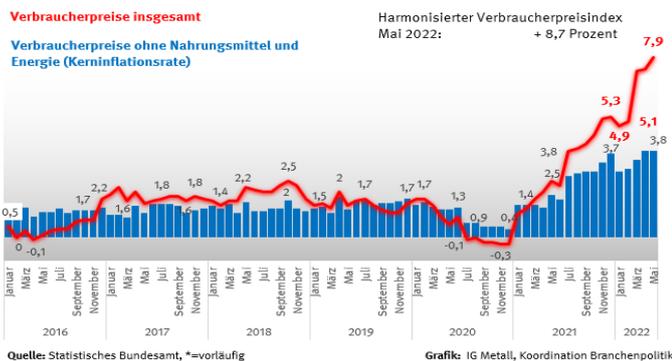
**Die Ursachen für diesen Preisauftrieb lassen sich an der monatlichen Verbraucherpreisentwicklung nachvollziehen.** Seit Februar 2020 waren die Verbraucherpreise in Deutschland unter Druck. Dafür entscheidend waren unter anderem die fallenden Energiepreise (Erdöl). Mit Ausbruch der Corona-Krise kam es zu einem massiven spekulativen Verkauf von Rohöl, teilweise fiel der Preis für die nordamerikanische Rohölsorte WTL unter null, das heißt, es wurde eine Prämie für die Abnahme von Rohöl bezahlt. Hinzu kam, dass sich die OPEC und andere rohölfördernde Länder nicht auf eine stabilisierende Verringerung der Fördermengen einigen konnten und damit die Preise drückten. Im Juli 2020 reduzierte in Deutschland die Mehrwertsteuerreduktion zusammen mit anderen Preisnachlässen die Verbraucherpreisentwicklung. Das Verbraucherpreisniveau fiel um 0,1 Prozent. Mit Auslaufen der Regelung Anfang 2021 wurde dieser Effekt wieder korrigiert. **Seit diesem Zeitpunkt stieg die Inflationsrate kräftig an.** Zum einen aufgrund von Sondereffekten wie etwa der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent und der Einführung der CO2-Bepreisung ab Januar 2021. Zum anderen aufgrund der **anziehenden Konjunktur, die zusammen mit Störungen in den Lieferketten zu Angebotsknappheiten und in Folge zu höheren Preisen führten.**

Drastische Preissteigerungen gab es vor allem für Energieprodukte (Heizöl, Kraftstoffe, Erdgas), aber auch für Lebensmittel. So veränderten sich die **Verbraucherpreise zum jeweiligen Vorjahresmonat** von minus 0,3 Prozent Ende 2020 auf **plus 7,9 Prozent im Mai 2022**. Doch auch bei der **Kerninflationsrate**, bei der die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und Energie herausgerechnet werden, zeigt sich eine deutliche **Verteuerung** von 0,4 Prozent Ende 2020 auf **3,8 Prozent im Mai 2022**. Dafür verantwortlich sind Lieferengpässe und unterbrochene Lieferketten sowie Preisanstiege auf den vorgelagerten Wertschöpfungsstufen.

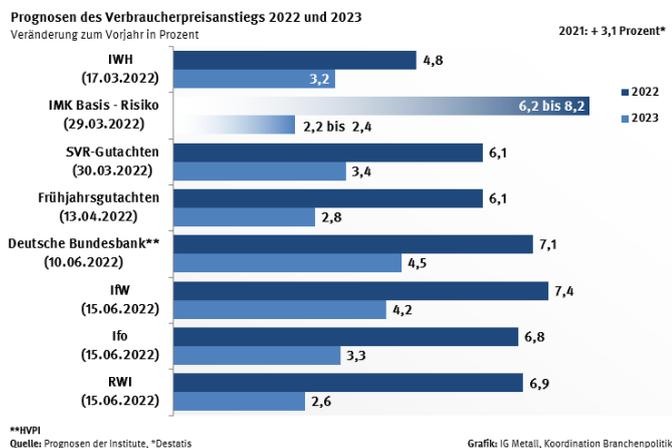


### Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent, letzter Wert: Mai 2022



Die Verbraucherpreisprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für 2022 liegen weit auseinander. Die Spanne beträgt 4,8 bis 8,2 Prozent. Im Mittel über alle März-Prognosen der Institute für 2022 wird ein Anstieg der Verbraucherpreise von etwa 5,8 Prozent erwartet. Das Frühjahrsgutachten prognostiziert einen Preisanstieg von plus 6,1 Prozent. Für 2023 liegt der Mittelwert der März-Prognosen der Institute bei 2,8 Prozent. Dieser Anstieg wird auch in der Gemeinschaftsdiagnose der Institute erwartet. Die im Juni veröffentlichten Sommerprognosen hoben die Erwartungen für die Verbraucherpreise nochmals an. Sie liegen nun für 2022 zwischen 6,8 (ifo) und 7,4 (IfW) Prozent, wobei die Bundesbank inzwischen aufgrund der veränderten Datenlage nach Abschluss der Juni-Projektion eher von einem Anstieg des Preisniveaus um plus 7,75 Prozent als um 7,1 Prozent ausgeht.



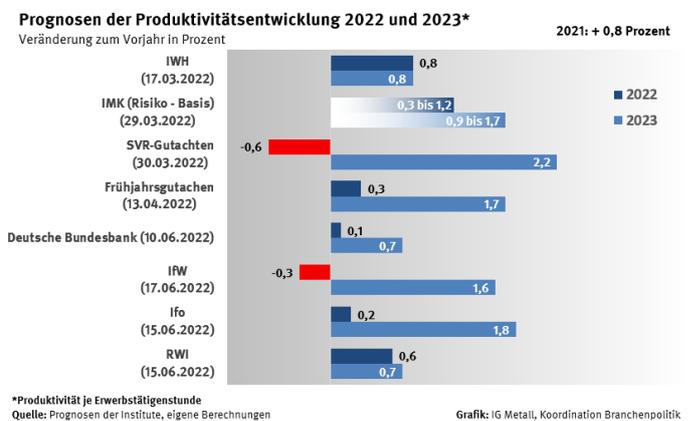
Auch die Verbraucherpreis-Prognosen sind mit hohen Unsicherheiten verbunden. Zudem wird bei allen diesen hier dargestellten Prognosen angenommen, dass es zu keinem Embargo oder Lieferstopp für russisches Erdgas kommen wird. Sollte dieser Fall dennoch eintreffen, ist mit deutlich höheren Inflationsraten zu rechnen. So erwartet etwa die Deutsche Bundesbank in einer **Alternativrechnung mit einem Ausfall russischer Energielieferungen ab dem dritten Quartal 2022** für dieses Jahr ein Wachstum von nur noch plus 0,3 statt plus 1,8 im Basisszenario und eine Rezession im Jahr 2023 (BIP-Einbruch etwa minus drei Prozent). Die Inflationsrate wird in diesem Fall im Jahr 2022 etwa

einen halben Prozentpunkt und 2023 um 1,5 Prozentpunkte über der Basisprognose ohne Lieferstopp liegen (Bundesbank Juni 2022).

### 3.2 Große Spanne bei den Produktivitätsprognosen

Neben der Inflationsrate zur Sicherung des Realeinkommens ist die Produktivitätsentwicklung in den Tarifverhandlungen die Forderungskomponente, die den Anspruch der Beschäftigten auf ihren Beitrag zur Wohlstandsmehrung begründet. Die Arbeitsproduktivität ist ein Leistungsmaß, das die Wertschöpfung (Bruttowertschöpfung bzw. die reale Produktion ohne Vorleistungen) je Arbeitsstunde misst. Sie verändert sich **in längeren Zeiträumen** durch umgestaltete Produktionsabläufe und organisatorische Anpassungen (Prozessinnovation) und/oder damit verbundener Arbeitsverdichtung sowie den Einsatz moderner Produktionsmittel (Produktinnovation im Maschinenbau) bzw. durch den allgemeinen technologischen Fortschritt (Wissen). Aber auch der Strukturwandel und gesellschaftliche Veränderungen wie zum Beispiel der demografische Wandel haben hierauf einen Einfluss. **Kurzfristig** führen Konjunkturschwankungen bzw. Veränderungen der Kapazitätsauslastung und der Arbeitsintensität zu Schwankungen der Ausbringungsmenge und folglich — bei unverändertem oder weniger starken Veränderungen des Arbeitsstundeneinsatzes — auch der Produktivität.

Für das laufende Jahr 2022 erwarten die Institute einen **Produktivitätsrückgang bzw. -zuwachs von minus 0,6 bis plus 1,2 Prozent**. Dem spürbaren Produktivitätsrückgang um 0,6 Prozent, die der Sachverständigenrat errechnet, liegt die Erwartung zugrunde, dass das BIP nur um 1,8 Prozent zulegen wird, während die geleisteten Arbeitsstunden etwas mehr, nämlich um 2,3 Prozent, steigen werden. Insofern sinkt die Kapazitätsauslastung und in Folge errechnet sich eine verringerte Stundenproduktivität. In der günstigsten Prognose des IMK wird das BIP 2022 um 2,1 Prozent zulegen, das Arbeitsvolumen aber nur um 0,9 Prozent, so dass der Auslastungsgrad zunimmt und folglich die Stundenproduktivität um 1,2 Prozent steigt. In den zu Redaktionsschluss vorliegenden Juni-Prognosen wurden die ohnehin geringen Produktivitätserwartungen für 2022 nochmals leicht nach unten korrigiert, so dass hier eher mit Stagnation zu rechnen ist.

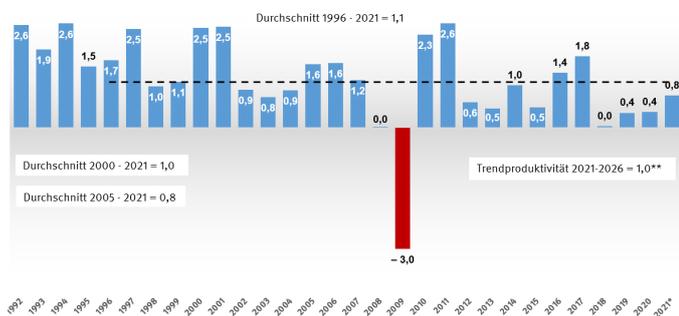




Die **Produktivitätszuwächse** zeigen in den Industrieländern schon **seit Jahrzehnten** einen **fallenden Trend** und führten zu intensiven Debatten über die Ursachen (siehe auch Wirtschaftspolitische Information Nr. 2 | 2017 und Nr. 1 | 2018). Es gibt, und das ist für viele nur schwer zu akzeptieren, nicht die eine Erklärung für dieses Phänomen, sondern eine Vielzahl an technologischen, strukturellen, aber auch demografischen Faktoren, die hierauf einwirken. Die **Verlangsamung der letzten Jahre** ist maßgeblich auf eine **konjunkturelle Abkühlung** zurück zu führen, die schon im Verlauf des Jahres 2018 aufgrund der Handelskonflikte sowie den Unsicherheiten um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union verbundenen schwächeren Exportentwicklung sowie Sondereffekten (WLTP-Problematik) ihren Anfang nahm. Dieser Trend wurde mit Ausbruch der Corona-Krise im Frühjahr 2020 noch verschärft. Bis in die zweite Jahreshälfte 2019 hinein setzte sich der Beschäftigungsaufbau noch weiter fort, da die Unternehmen für den absehbaren strukturellen Wandel mit qualifizierten Fachkräften gerüstet sein wollten. Die schwächere Wirtschaftsleistung und der gleichzeitige Beschäftigungsaufbau bremsten die Produktivitätsdynamik in 2019. Aufgrund vielfältiger Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung in der Krise vollzog sich die Anpassung der Beschäftigung in den letzten Jahren nur sehr langsam. Die Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung verhinderte zwar bei einem schwachen Wachstum einen Produktivitätsrückgang. Im Ergebnis führte dies aber auch nur zu sehr geringen Produktivitätszuwächsen.

Folgt man der Vorgehensweise für die Schätzung des Produktionspotenzials der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Frühjahrgutachten 2022) und legt den Stützzeitraum für die Schätzung der Produktivität abweichend von der bisher gängigen EU-Methode (ab 1980) auf den — verkürzten — neuen Zeitraum 1996 bis 2021, so ergibt sich daraus für die jahresdurchschnittliche Veränderung der Arbeitsproduktivität ein Wert von 1,1 Prozent. **Im Gemeinschaftsgutachten wird für die Jahre (2021 bis 2026) eine Trendproduktivität von jährlich plus 1,0 Prozent erwartet.**

**Gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung / Trendproduktivität**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Erwerbstätigenstunde

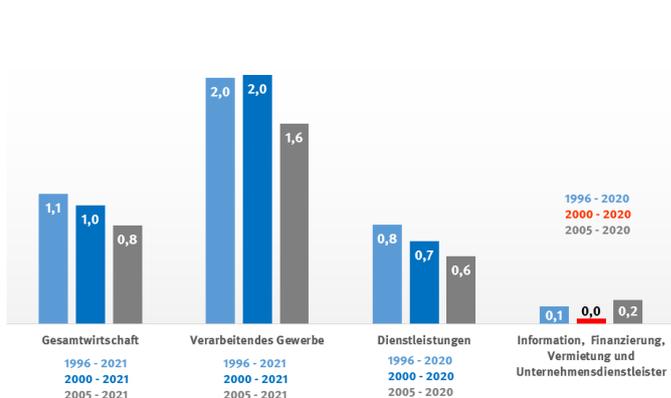


Quelle: Destatis, \*2021: Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse 2021, 25.02.2022, \*\* mittelfristige Projektion (Frühjahrgutachten 2022)  
 Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

**Der fallende Trend der Produktivitätszuwächse zeigt sich nicht nur auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.** Sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor lässt sich die lang-

samere Gangart feststellen. Allerdings bestehen große Unterschiede zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistern. Während der lang- und mittelfristige Trend in der **Industrie relativ stabil über zwei Prozent lag und erst im Zeitraum 2005 bis 2021 auf plus 1,6 Prozent fiel**, entwickelte sich der Dienstleistungssektor schon seit längerem auf einem viel niedrigeren Niveau. Im Zeitraum 2005 bis 2020 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum nur noch plus 0,6 Prozent. Sehr schwach stellt sich nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes der Bereich Information, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen dar. Abgesehen von den (noch) nicht sichtbar und messbaren erhofften positiven Auswirkungen der Digitalisierung auf die Wertschöpfung (Produktivitätsparadoxon), ist hier die Ertragsentwicklung relevant. Für den Subsektor der Finanzierung lässt sich der Trend mit den Folgen der Finanzkrise erklären und zumindest teilweise auf die Niedrigzinsphase zurückführen, was die Ertragslage beeinträchtigte und somit die Wertschöpfung belastete. Im öffentlichen Dienst, aber auch bei den (teilweise aus dem öffentlichen Dienst ausgelagerten) privaten Dienstleistungen spielt die mäßige Entgeltentwicklung, der mit der Deregulierung ansteigende Wettbewerbsdruck, die zunehmende Prekarisierung und rückläufige Tarifbindung sowie die sich daraus ergebende steigende Bedeutung des Niedriglohnssektors eine entscheidende Rolle.

**Produktivitätsentwicklung im Zeitraum 1996 bis 2021**  
Durchschnittliche jährliche Änderungsraten, Bruttowertschöpfung der Branche je geleisteter Erwerbstätigenstunde



Quelle: Destatis, Fachserie 18, Reihe 1.2, Stand: 25. Februar 2022, WZ 2008 (Ergebnisse der VGR Revision 2019)  
 Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

**Für die Metall- und Elektroindustrie** lässt sich aufgrund von statistischen Erfassungsproblemen die Produktivitätsentwicklung nicht in der erforderlichen Branchenabgrenzung und gewichteten Aggregation und auch nicht bis zum aktuellen Rand berechnen. Ein Blick in die Teilbranchen zeigt für den Zeitraum 1996 bis 2018, der dem Stützzeitraum für die Berechnung der Trendproduktivität durch die Gemeinschaftsdiagnose 1996 bis 2021 sehr nah kommt, eine sehr unterschiedliche Entwicklung. So wies die Herstellung von DV-Geräten, Elektronik und Optik sowie der Fahrzeugbau eine im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe (Trend: plus 2,3 Prozent) überdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung auf, während die Metallherzeugung und Herstellung von Metallernzeugnissen, Herstellung von elektrischen



schen Ausrüstungen sowie der Maschinenbau unterdurchschnittliche jährliche Zuwächse erzielten.

Um diesen Unterschieden im Tarifverbund der Metall- und Elektroindustrie Rechnung zu tragen, ist ein **mittlerer Produktivitätspfad als Orientierung für die Entgeltforderung im Rahmen der Tarifrunde** geeignet. Um außerdem eine zunehmende Spreizung der Lohnentwicklung zwischen der Industrie und dem Dienstleistungssektor zu verhindern, empfiehlt es sich, die **gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung** zugrunde zu legen. Dabei kommen nicht die Prognosewerte auf die kurze Sicht für das kommende Jahr in Frage, weil diese sehr stark von — vorübergehenden — Sonderfaktoren und zyklischen Schwankungen beeinflusst sind, die zu erheblichen Prognosefehlern führen können. Würde die Entgeltentwicklung in der Rezession der sinkenden Produktivität folgen, hätte dies zudem eine prozyklische Wirkung. Der gesamtwirtschaftliche **Produktivitätstrend** glättet dagegen zyklische Schwankungen und Sonderentwicklungen und trägt zur Stabilisierung bei. Dieselben Gründe sprechen für eine Beachtung der **Zielinflationsrate** der Europäischen Zentralbank (EZB) und gegen die prognostizierte Verbraucherpreisentwicklung. Auch hier hätte eine Orientierung der Entgeltforderung an der jeweils prognostizierten Inflationsrate prozyklische Wirkung, was insbesondere in Rezessionsphasen problematisch ist: Würden die Entgelte in einer Rezession mit nachlassender Preisdynamik oder sogar sinkendem Preisniveau reduziert, ginge der positive Reallohneffekt der schwächeren Inflationsdynamik verloren. Der Konsum würde geschwächt und der Abschwung verschärft.

**Deshalb empfiehlt es sich bei den Überlegungen zu den Entgeltforderungen in einer Tarifrunde, nicht nur die gesamtwirtschaftliche Trenderbeitsproduktivität, sondern auch die Zielinflationsrate der EZB in den Blick zu nehmen. Perspektivisch stellt diese Zielmarke den verteilungsneutralen Spielraum dar.**

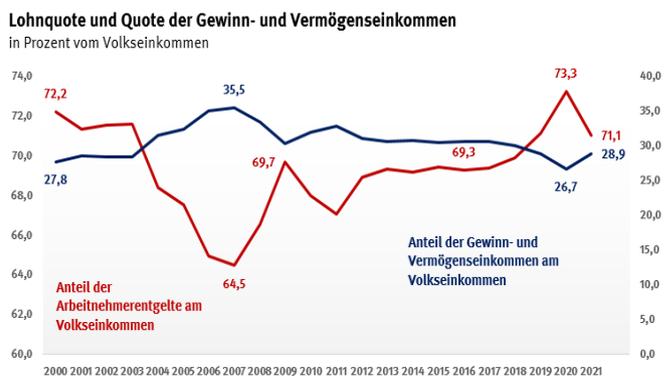
Andererseits gehen aktuell die Inflationsprognosen deutlich über die Zielinflationsrate hinaus. In dieser Lage müssen wir vor dem Hintergrund der Rendite-Entwicklung der Unternehmen und der möglichen Verteilungseffekte sowie mit Blick auf die Konjunkturlage den drohenden Kaufkraftverlust und dessen Wirkung auf den Konsum beachten.

### 3.3 Verteilung: Lohnquote fällt zurück

Die Arbeitnehmerentgelte haben sich bis in das Jahr 2019 aufgrund des lang anhaltenden Aufschwungs und der guten Beschäftigungslage sehr dynamisch entwickelt. So konnte die Lohnquote (Anteil der Summe der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) im Jahr 2019 mit knapp 72,2 Prozent wieder den Ausgangswert aus dem Jahr 2000 erreichen. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen ist entsprechend gesunken und fiel mit 27,8 Prozent auf sein Ausgangsniveau im Jahr 2000 zurück. In dieser gesamten Zeitspanne lag der Anteil der Arbeitnehmerentgelte durchweg auf nied-

rigerem Niveau. Im Jahr 2007 — kurz vor Ausbruch der Finanzkrise — mussten sich die Beschäftigten aufgrund der stark steigenden Gewinne in der Boomphase mit einem relativ niedrigen Wert von 64,5 Prozent begnügen, während die Gewinn- und Vermögenseinkommen mit 35,5 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren einen sehr hohen Anteil verbuchen konnten. Die Arbeitnehmerentgelte konnten mit der Renditeentwicklung Anfang der 2000er Jahre nicht mithalten.

**Aufgrund der beschäftigungssichernden Maßnahmen in der Corona-Krise im Jahr 2020 stieg die Lohnquote auf 73,3 weiter an, während der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen auf 26,7 Prozent fiel.** Im Folgejahr 2021 erfolgte eine deutliche Korrektur aufgrund der im Zuge der Erholung steigenden Margen und Gewinne. **Die Lohnquote fiel auf 71,1 Prozent zurück. Im Gegenzug stieg der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen an, so dass das Ausgangsniveau des Jahres 2000 sogar leicht übertroffen wurde.**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 8. Februar 2022, eigene Berechnungen  
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die abnehmende und in den letzten Jahren wieder zunehmende Lohnquote spiegelt auch den **Verlauf der realen Lohnstückkosten** des Verarbeitenden Gewerbes, an deren Wertschöpfung die M+E-Industrie einen hohen Anteil von etwa 63,5 Prozent hat. Zu Beginn bis Mitte der 2000er Jahre — mit hoher Arbeitslosigkeit und auch hohem Verlagerungsdruck — waren die Durchsetzungsmöglichkeiten höherer Entgelte begrenzt. Sie verbesserten sich mit einer zunehmend angespann-



\* Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität bzw. Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) je geleisteter Erwerbstätigenstunde; geleistete Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit  
\*\* Wertschöpfungsanteil der M+E-Industrie am Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2017 etwa 63,5 Prozent (WZ-Zweisteller, WZ 24 incl. Stahl)

Quelle: Destatis, Erste Jahresergebnisse, FS 18, Reihe 1.1, 14. Januar 2022, eigene Berechnungen  
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

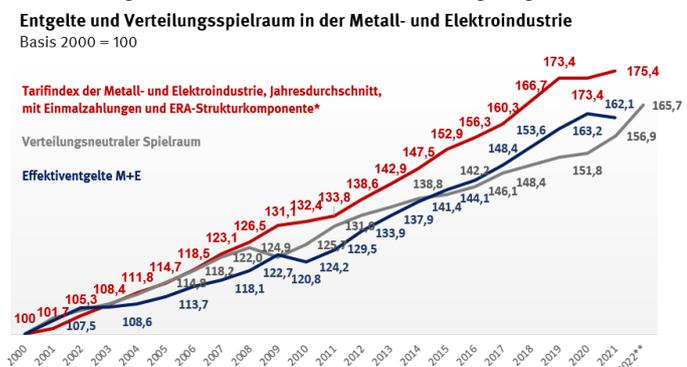


ten Arbeitsmarktlage und einer sinkenden Arbeitslosenquote in der aktuellen Dekade.

In dem Umfang wie es gelingt, Entgeltzuwächse durchzusetzen, die den verteilungsneutralen Spielraum (Produktivitätszuwachs + Preisniveausteigerung) übertreffen, steigen die Lohnstückkosten und belasten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die guten Tarifabschlüsse der letzten Jahre haben zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in der Verarbeitenden Industrie in Deutschland reduziert, allerdings erreichten die Lohnstückkosten erstmals wieder (mit Ausnahme des Krisenjahres 2009) in 2013 ihr Ausgangsniveau des Jahres 2000, blieben bis etwa 2017/18 stabil, um dann in 2018/19 und 2020 deutlich anzusteigen. Auch bei den Lohnstückkosten erfolgte 2021 eine Abwärtskorrektur.

Die M+E-Industrie blickt auf eine sehr erfolgreiche Tarifentwicklung in den letzten — beinahe zwanzig — Jahren zurück. Seit dem Jahr 2000 sind die Tarifentgelte um 75,4 Prozent gestiegen und übertrafen am Ende des gesamten Zeitraums den Zuwachs des verteilungsneutralen Spielraums — gemessen an der Arbeitsproduktivitätsentwicklung und der Verbraucherpreisinflation — in 2021 um 18,5 Prozentpunkte.

Die Effektiventgelte, die die tatsächlich gezahlten Entgelte in der M+E-Industrie abbilden, also einschließlich Sonderzahlungen und Prämien für tarifgebundene und nicht-tarifgebundene Beschäftigte, aber ohne Leiharbeitnehmer\*innen, haben sich langsamer entwickelt. Im Jahr 2021 lagen die Effektiventgelte um 56,9 Prozent über ihrem Ausgangswert im Jahr 2000 und stiegen damit in diesem Zeitraum um knapp 13,5 Prozent weniger an als die Tarifentgelte. Erst im Jahr 2015 gelang es den Effektiventgelten aufzuholen und den gesamten verteilungsneutralen Spielraum des Zeitraums 2000 bis 2015 auszuschöpfen. Bei den Tarifentgelten stellte sich aufgrund der Nachwirkung des Tarifabschlusses und der beschäftigungssichernden Krisenpolitik schon bereits im Jahr 2009, und erneut ab 2012 eine kräftigere Dynamik ein, so dass die Entwicklung des verteilungsneutralen Spielraums ab diesem Zeitpunkt dahinter zurückblieb. Allerdings hat die Null-Runde im Corona-Krisenjahr 2020 dazu geführt, dass die Tarifentwicklung stagnierte.

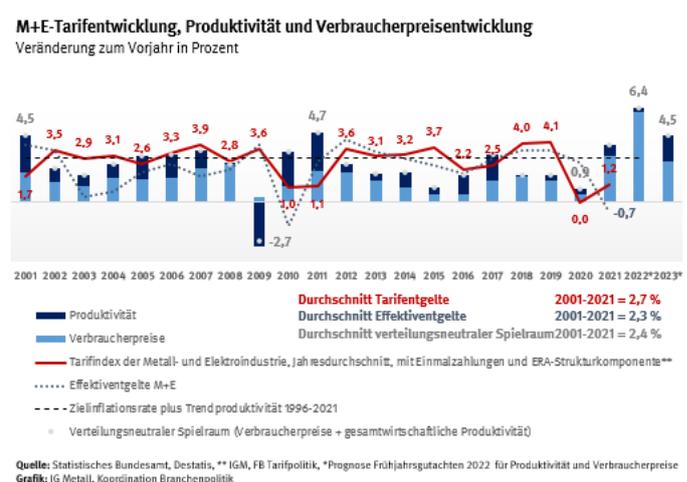


Verteilungsneutraler Spielraum: Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde + Inflationsrate (Verbraucherpreisindex)  
Quelle: Statistisches Bundesamt, \* IG Metall, FB Tarifpolitik, \*\* = Prognose Frühjahrsgutachten 2022  
Grafik: IG Metall, Ressort Koordination Branchenpolitik, 14.04.2022

Die Tarifpolitik in der M+E-Industrie trug im Zeitraum 2000 bis 2021 zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei. Im Jahresdurchschnitt konnten Entgeltzuwächse um 2,7 Prozent erzielt werden. Die Zuwächse erreichten annähernd die stabilisierende Marge von Trendproduktivität (1,0 Prozent) plus Zielinflationsrate (damals noch: ‚unter aber nahe zwei Prozent‘, seit Sommer 2021: ‚zwei Prozent‘) im Umfang von bis zu drei Prozent.

Besonders hohe Abschlüsse konnten — wenig überraschend — in den konjunkturell guten Jahren vor der Finanzkrise, nach der raschen Überwindung der Krise und vor allem in den Jahren 2018 und 2019 erzielt werden. Hier übertraf die Tarifentwicklung um etwa ein Prozentpunkt die Zielmarge von Zielinflationsrate plus Trendproduktivität und verbesserte das Ergebnis über den gesamten Zeitraum nochmals deutlich.

Die Effektiventgelte konnten im Zeitraum 2001 bis 2021 nur um durchschnittlich 2,3 Prozent zulegen. Besonders schwach war die Entwicklung in den ersten fünf Jahren der 2000er Jahre, als die hohe Arbeitslosigkeit und Verlagerungsdruck auf den Entgelten lastete.



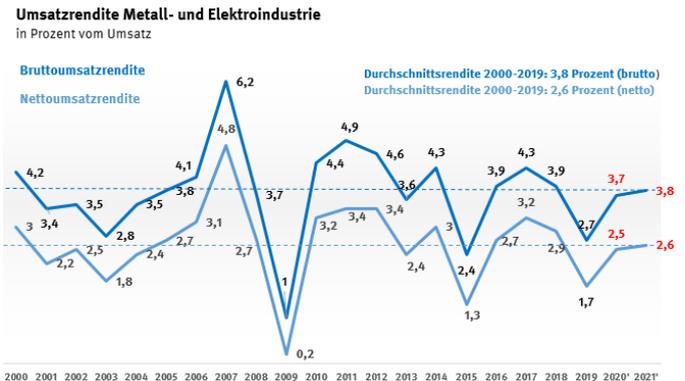
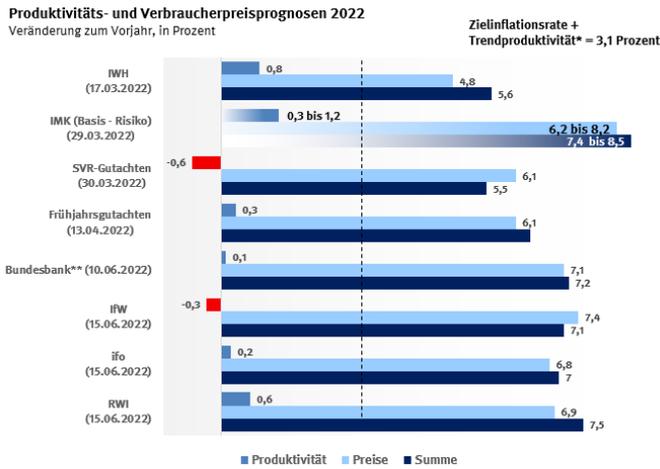
Das Frühjahrsgutachten der Institute prognostizierte für den verteilungsneutralen Spielraum im Jahr 2022 ein Plus von 6,4 Prozent. Die Prognosen der Institute streuen zwischen plus 5,4 (RWI) und plus 8,5 Prozent (IMK). Im Mittel über alle Frühjahrs-Prognosen, einschließlich der Prognose des Sachverständigenrats, wird ein verteilungsneutraler Spielraum von etwa 5,9 Prozent (Spanne: 5,9 bis 6,2 Prozent) erwartet. Der verteilungsneutrale Spielraum, der sich aus den Juni-Updates der Bundesbank, des IfW, des Ifo und des RWI ergibt, liegt im Mittel bei 7,2 Prozent und damit um knapp einen Prozentpunkt über den Frühjahrsprognosen. Entscheidend für den Anstieg ist die anhaltende kräftige Inflationsdynamik.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich für 2023. Der verteilungsneutrale Spielraum für 2023 liegt entsprechend den Frühjahrsprognosen im Mittel bei etwa 4,6 Prozent. In ihrem Gemeinschaftsgutachten erwarten die Institute ein Plus von 4,5 Prozent.



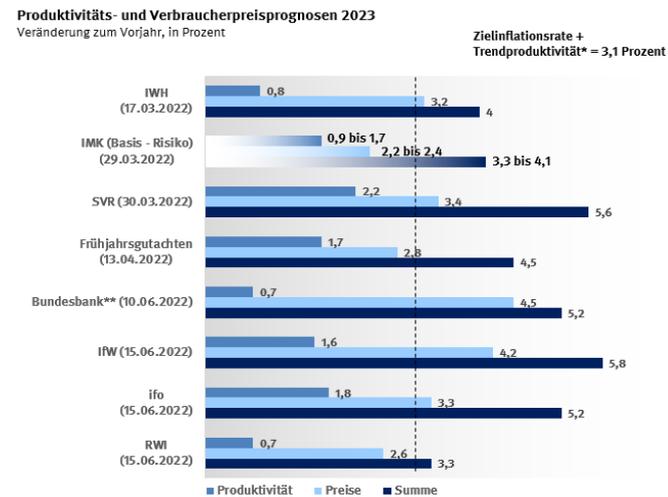
Damit liegt der Spielraum für das kommende Jahr etwa 1,5 Prozentpunkte unter dem Wert für 2022. Der geringere Spielraum ergibt sich aus der nachlassenden Preisdynamik, während die Produktivität aufgrund des zunehmenden Auslastungsgrades kräftiger zulegen wird. Im Mittel über alle März-Prognosen der Institute für 2022 wird ein Anstieg der Verbraucherpreise von 5,8 und für 2023 von etwa 2,8 Prozent erwartet. Die Juni-Updates erwarten einen verteilungsneutralen Spielraum für 2023 zwischen 3,3 und 5,8 Prozent und liegen im Mittel bei 4,9 Prozent. Sie über treffen die März-Prognosen damit nur um 0,3 Prozentpunkte.

cherten Zeitraums 2000 bis 2019 lag, jedoch noch über dem Wert aus dem Vorkrisenjahr 2019. Auch die Nettorendite erreichte mit 2,5 Prozent einen nur geringfügig geringeren Wert als dem langjährigen Durchschnitt. Insofern haben die rasche Erholung im zweiten Halbjahr und die verschiedenen Maßnahmen zur Überwindung der Krise die Situation stabilisiert. Anfang der 2000er Jahre lagen die Brutto- und Nettorenditen noch unter den aktuellen Werten. Für 2021 gehen die Hochrechnungen von Gesamtmetall von einer leichten Verbesserung der Renditen und damit von einer Annäherung an die langjährige Durchschnittsrendite aus.



\* Jahresdurchschnittliche Änderung der Arbeitsproduktivität im Zeitraum 1996 bis 2021 = plus 1,1 Prozent, Projektion: 2021-2026 = 1,0 Prozent  
Modifizierte EU-Methode, Frühjahrgutachten, Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank: "zwei Prozent", \*\* HVP

Quelle: Prognosen der Institute

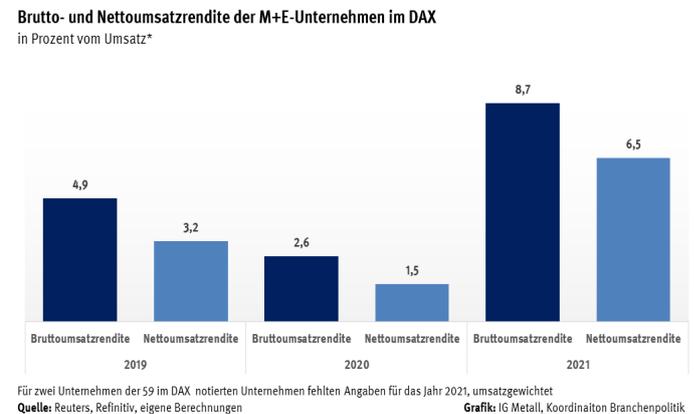


\* Jahresdurchschnittliche Änderung der Arbeitsproduktivität im Zeitraum 1996 bis 2021 = plus 1,1 Prozent, Projektion: 2021-2026 = 1,0 Prozent  
Modifizierte EU-Methode, Frühjahrgutachten, Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank: "zwei Prozent", \*\* HVP

Quelle: Prognosen der Institute

**Aufgrund der Pandemie-bedingten Rezession im Jahr 2020 wurde eine deutlich verschlechterte Ertragslage der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe erwartet.** Die von Gesamtmetall für die Jahre 2020/21 hochgerechneten Daten zeigen allerdings, dass sich die Krise nicht gravierend auf die Erträge niedergeschlagen hat. Zwar wurde 2020 mit einer Bruttorendite von 3,7 Prozent ein Wert erzielt, der knapp unter dem langjährigen Mittel des statistisch gesi-

**Die Statistik der Bundesbank zu ihren regelmäßigen Erhebungen der Unternehmensabschlüsse reichen nicht bis an den aktuellen Rand.** Viele börsennotierte Konzerne vermeldeten allerdings in den letzten Wochen für das Jahr 2021 deutlich verbesserte Erträge als noch im Jahr zuvor und auch im Jahr 2019. **Im Durchschnitt über alle M+E-Konzerne konnte eine umsatzgewichtete Bruttorendite (vor Steuern) von 8,7 Prozent erzielt werden. Die umsatzgewichtete Nettorendite kam immerhin noch auf beachtliche 6,5 Prozent.** Damit verbesserten die M+E-Unternehmen im DAX ihr Vorjahresergebnis erheblich. 2020 konnte trotz Corona-Krise eine Bruttorendite von 2,6 und eine Nettorendite von 1,5 Prozent erzielt werden. Das Ergebnis im Jahr 2021 übertraf auch sehr deutlich das Vorkrisenjahr 2019, als brutto eine Rendite von 4,9 und netto von 3,2 Prozent erzielt wurden.





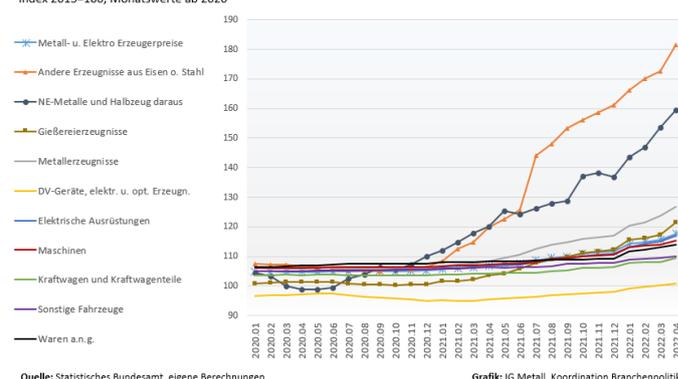
**Zu beachten ist:** In die Konzernbilanzen fließen die Ergebnisse nicht nur der deutschen, sondern auch aller ausländischen Standorte ein, so dass die Konzernergebnisse nur **eingeschränkt Rückschlüsse auf die Ertragslage der Betriebe in Deutschland** zulassen. Allerdings dürfte davon auszugehen sein, dass sich in den verbesserten Renditen der DAX-Unternehmen im Jahr 2021 eine Trendänderung abzeichnete, die auch auf eine verbesserte Ertragslage bei den nicht-börsennotierten Unternehmen und deren Standorte in Deutschland schließen lässt. Darauf deutet auch der Zuwachs der Unternehmens- und Gewinneinkommen, wie sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet wird, hin. So stiegen die Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2021 um 3,4 Prozent (nach einem Minus von 0,2 Prozent im Jahr 2020), während die Unternehmens- und Gewinneinkommen 2021 um satte 15,4 Prozent zulegen und damit das Minus von 10,2 Prozent des Vorjahres mehr als ausgleichen konnten.

**Die durchschnittliche Ertragslage der Unternehmen in Deutschland und in der Industrie glättet die Entwicklung in den Branchen.** Diese können sich sehr unterschiedlich entwickeln. So spielten 2021 insbesondere die Energiekosten eine entscheidende Rolle bei der Frage, welche Erträge gerade in den energieintensiven Branchen realisierbar waren. Diese sind davon mehr betroffen als andere. **Unter den Branchen der Metall- und Elektroindustrie ist vor allem die Produktion in den Metallbranchen sehr energieabhängig.** Nach der Grundstoffindustrie, Ernährung und Papier stehen an vierter Stelle die Metallherzeugung und an siebter Stelle die Herstellung von Metallenerzeugnissen insbesondere bei der **Erdgasabhängigkeit.** Die Preise für Erdgas haben sich für die Industrie innerhalb eines Jahres von Januar 2021 bis Februar 2022 beinahe verdreifacht (Indexwert Januar 2021: 100, Februar 2022: 294,6). Sofern die Unternehmen in der Lage sind die höheren Kosten über höhere Preise an ihre Kunden weiterzugeben, beeinträchtigen die höheren Energiekosten nicht die Gewinne. **Bleiben die Unternehmen auf den höheren Kosten sitzen, schmälern sie den Gewinn.** Die Erzeugerpreise der M+E-Branchen haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Es lässt sich zeigen, dass zwar die **Metallerzeugung und die Herstellung von Metallenerzeugnissen** von hohen Energiekosten betroffen sind, aber **auch in der Lage waren, diese an ihre Kunden weiterzugeben.** Das gilt auch für die Ausfuhrpreise, die gerade für Branchen mit einem hohen Exportanteil mindestens so wichtig sind wie die Erzeugerpreise, die sich an die inländischen Kunden richten. So betrug die Exportquote im Jahr 2021 in den Branchen der **Metallerzeugung**, die der M+E-Industrie zugerechnet werden (WZ 24.3 ‚Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl‘, 24.4 ‚Erzeugung und erste Bearbeitung von NE Metallen‘ und 24.5 ‚Gießereindustrie‘), 33,5 Prozent, 52,4 und 33,5. Außerdem wurden 35,3 Prozent der **hergestellten Metallerzeugnisse** ausgeführt.

**Von vermutlich größerer Bedeutung** für die wirtschaftliche Perspektive der energieabhängigen M+E-Branchen insgesamt **ist weniger die Kosten- und Preisentwicklung als eher die Frage, ob es zu einem Embargo oder einem Lieferstopp von**

**russischem Erdgas kommt.** Die Verfügbarkeit von Erdgas ist existenziell für diese Branchen, denn eine kurzfristige Substitution von Erdgas wird nicht möglich sein. Berechnungen des Verbands der Energiewirtschaft gehen davon aus, dass bis Herbst/Winter 2022 nur etwa acht Prozent des in der Industrie benötigten Erdgases ersetzt werden könnte (Metallerzeugung 12,5 Prozent, NE-Metalle, -gießereien 6,2 Prozent, Metallbearbeitung 10,7 Prozent, Fahrzeugbau 8,9 Prozent). Bei einem Importanteil russischen Erdgases von ursprünglich 55 und aktuell 35 Prozent wird somit ein abrupter Lieferstopp kaum zu bewältigen sein. **Die Industrie und damit die deutsche Ökonomie insgesamt würden in eine Rezession stürzen.**

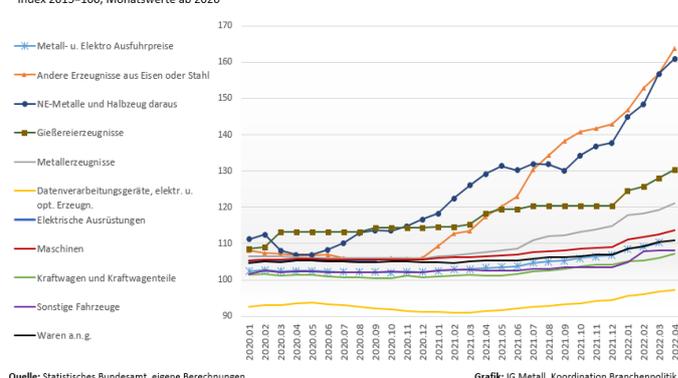
Entwicklung der Erzeugerpreise in der Metall- und Elektroindustrie  
Index 2015=100, Monatswerte ab 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Entwicklung der Ausfuhrpreise in der Metall- und Elektroindustrie  
Index 2015=100, Monatswerte ab 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

## Fazit

**Das Jahr 2022 sollte das Jahr der Erholung werden. Anfang des Jahres schienen die Aussichten dafür noch gut.** Mit den sinkenden Infektionszahlen, mildereren Krankheitsverläufen und effektivem Impfschutz rückte das Ende der Pandemie und die Belebung der globalen Konjunktur in greifbare Nähe. Doch mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar hat sich die Lage komplett verändert. Auch die Zero-Covid-Strategie Chinas, die immer wieder zu Abriegelungen ganzer Städte, Regionen und auch Häfen führt, wird in diesem Jahr das Wachstum bremsen. So mussten die Wirtschaftsforschungsinstitute ein weiteres Mal im Frühjahr ihre Jahresprognosen nach unten korrigieren, nachdem schon im Januar Ab-



striche gemacht wurden. Der Internationale Währungsfonds sah aufgrund der Energieabhängigkeit und engen Verflechtung Europas mit der Ukraine und Russland insbesondere für den Euroraum erheblichen Korrekturbedarf von plus 3,9 auf 2,8 Prozent im Jahr 2022.

**Auch die Wachstumsprognosen für Deutschland wurden korrigiert.** Für 2022 stellt die Gemeinschaftsdiagnose der führenden deutschen Wirtschaftsinstitute nur noch einen Zuwachs um 2,7 Prozent in Aussicht, während im Herbstgutachten noch von plus 4,8 Prozent ausgegangen wurde. Dafür wurde die Prognose für 2023 erhöht, und zwar von plus 1,9 auf 3,1 Prozent. **Der Aufschwung fällt nicht aus, er verschiebt sich.** Der private Konsum wird 2022 der wichtigste Wachstumstreiber sein. Dazu trägt mit Auslaufen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie der Abbau der Ersparnis und der erwartete Beschäftigungszuwachs bei. Allerdings trübte sich zuletzt aufgrund der hohen Inflationsrate die Konsumlaune ein. Der private Konsum könnte als Wachstumstreiber ausfallen, wenn es nicht gelingt, die Kaufkraft zu sichern. **Die größte Bedrohung geht aber von einem möglichen Embargo russischen Erdgases aus, da die energieintensive Industrie kaum in der Lage sein wird, dieses kurzfristig zu ersetzen. Die Berechnungen über die gesamtwirtschaftlichen BIP-Verluste in Relation zur Situation ohne Lieferstopp reichen bis zu minus zwölf Prozent.**

Die M+E-Industrie hat 2021 einen Umsatzzuwachs um zehn Prozent erwirtschaftet, während der Produktionszuwachs aufgrund der Lieferengpässe mit knapp plus fünf Prozent dahinter deutlich zurückblieb. **Das Vorkrisenniveau konnte noch nicht wieder erreicht werden.** Die Beschäftigung ist zwar um 2,3 Prozent gegenüber 2020 zurückgegangen, stabilisierte sich jedoch zu Jahresanfang 2022 bei etwa 3,49 Millionen (in Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten). Gleichzeitig stiegen die Auftragsgänge in allen M+E-Teilbranchen massiv an. **Da die hohen Auftragsbestände aufgrund der Produktionsstopps nicht zügig abgearbeitet werden konnten, kam es zu neuen Rekorden bei den Reichweiten.** Die Geschäftserwartungen haben sich bei relativ guter Lageeinschätzung aufgrund des Ukraine-Kriegs zuletzt eingetrübt.

**Die Frühjahrsprognosen für den verteilungsneutralen Spielraum belaufen sich im Mittel über alle März-Prognosen der Institute für 2022 auf knapp sechs Prozent, wobei sich dieses Ergebnis vor allem auf die hohe zu erwartende Inflationsrate (im Durchschnitt plus 5,8 Prozent) zurückführen lässt.** Im Jahr 2023 verringert sich der Spielraum in der Prognose auf etwa 4,6 Prozent (Verbraucherpreise im Mittel plus 2,8 Prozent). Die **Juni-Prognosen** liegen für 2022 etwa einen und für 2023 um 0,3 Prozentpunkte über den Frühjahrsprognosen. Entscheidend für den Anstieg ist die anhaltende kräftige Inflationsdynamik.

**Die hohen Inflationsraten beeinträchtigen die Kaufkraft, den privaten Konsum und damit die wirtschaftliche Erholung erheblich. Gefordert ist deshalb auch eine politische Entlastung.** Dazu hat die Bundesregierung zwei Pakete auf den

Weg gebracht, die mit einer Vielzahl von Maßnahmen ein Entlastungsvolumen von 30 Mrd. Euro bedeuten. Das reicht aber noch nicht aus und muss nachgebessert werden. Die IG Metall hat ergänzende Vorschläge gemacht, wie etwa einen Gaspreisdeckel, der direkt an der Preisbildung eines Energieträgers ansetzt, der sich durch besonders hohe Preissteigerungen auszeichnet und zudem einen Großteil der Konsumenten entlasten würde. Zudem sind insbesondere Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zu unterstützen, etwa durch eine weitere Erhöhung des Grundfreibetrags auf 12.800 Euro.

Die hohe Energiepreisdynamik belastet nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Unternehmen. **Allerdings sind die besonders energieintensiven Teilbranchen der M+E-Industrie, z. B. die Herstellung von Metallerezeugnissen und von NE-Metallen und Halbzeugen daraus, auch in der Lage gewesen die steigenden Energiepreise in Form höherer Erzeugerpreise an ihre Kunden weiterzureichen.** Die Ertragslage der M+E-Unternehmen dürfte sich 2021 verbessert haben. Allein die DAX-notierten M+E-Unternehmen konnten im vergangenen Jahr deutliche Renditezuwächse verbuchen (Bruttorendite 8,7 Prozent). **Selbst im Krisenjahr 2020 entsprach die Bruttorendite der M+E-Unternehmen insgesamt nach den Hochrechnungen von Gesamtmetall mit 3,7 Prozent beinahe dem langjährigen Mittel und lag damit nicht nur über der durchschnittlichen Bruttorendite der M+E-DAX-Unternehmen sondern sogar über der Rendite des Vorkrisenjahres 2019.**

Von vermutlich größerer Bedeutung für die wirtschaftliche Perspektive der energieabhängigen M+E-Branchen insgesamt ist weniger die Kosten- und Preisentwicklung als eher die Frage, ob es zu einem Embargo oder einem Lieferstopp von russischem Erdgas kommt. **Ein abrupter Lieferstopp wäre kaum zu bewältigen. Die Industrie und die deutsche Ökonomie insgesamt würden in die Rezession stürzen.**



## Impressum

### Wirtschaftspolitische Information

Ausgabe Nr. 1 | Juni 2022

#### Herausgeber:

Jürgen Kerner  
Hauptkassierer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
IG Metall Vorstand  
D-60519 Frankfurt am Main

#### Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt

#### Grafiken:

Wilfried Kurtzke, Sandra Naumann, Sarah Schäfer  
und Beate Scheidt

## Bezugsmöglichkeiten

### IG Metall Vorstand

VB 03 Hauptkassierer  
Ressort Koordination Branchenpolitik

Sarah Schäfer

D-60519 Frankfurt am Main  
Telefon: +496966932668

Fax: + 49696693802091  
Web: [www.igmetall.de/download](http://www.igmetall.de/download)

#### Interesse an weiteren ökonomischen Publikationen?

Bitte Email an: [sarah.schaefer@igmetall.de](mailto:sarah.schaefer@igmetall.de)